Tätigkeitsbericht

Sicherheits- und Justizdirektion

—

2020

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

Inhaltsverzeichnis

1 Direktion und Generalsekretariat 7

1.1 Coronavirus – Rückblick 2020 7

1.1.1 Politische Beteiligung 7

1.1.2 Operative Beteiligung 7

1.2 Tätigkeit 8

1.2.1 Ordentliche Tätigkeit 8

1.2.2 Besondere Ereignisse 8

1.3 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene) 10

1.3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) 10

1.3.2 Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF) 10

1.3.3 Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP) 10

1.4 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres) 10

1.4.1 Beschwerden 10

1.4.2 Erstinstanzliche Entscheide 10

1.5 Gesetzgebung 11

1.5.1 Gesetze und Dekrete 11

1.5.2 Verordnungen und Reglemente 11

2 Kantonspolizei (POL) 11

2.1 Personalbereich 11

2.1.1 Bestand am 31.12.2020 11

2.1.2 Mutationen im Personalbereich 12

2.1.3 Aufteilung des Personals 12

2.2 Tätigkeiten der Kantonspolizei 12

2.2.1 Allgemeine Tätigkeiten 12

2.2.2 Covid-19 13

2.2.3 Strafrechtliche Tätigkeiten 15

2.2.4 Tätigkeiten zugunsten der öffentlichen Sicherheit 16

2.2.5 Tätigkeiten zugunsten der Sicherheit in Strassenverkehr und Schifffahrt 18

2.2.6 Besondere Tätigkeiten 21

2.3 Unterstützung bei Operationen / Verwaltung (Dienstleistungen) 24

2.3.1 Buchhaltung 24

2.3.2 Rechtliche Tätigkeiten 24

2.3.3 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit 24

2.3.4 Forensik 26
2.3.5 Personalmanagement 26
2.3.6 Ausbildungen 27
2.3.7 Informatik und Telekommunikation 28
2.3.8 Logistik und Infrastrukturen 29
2.4 Entwicklungsbereich 30
2.4.1 Ausbildung 30
2.4.2 Berufliche Weiterentwicklung 30
2.4.3 Digitale Nachforschung 30
2.4.4 Bekämpfung der Schwarzarbeit 30
2.4.5 Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität 30
2.4.6 Bekämpfung der digitalen Kriminalität 30
3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) 31
3.1 Bevölkerungsschutz 31
3.1.1 Ordentliche Tätigkeit 31
3.2 Zivilschutz 33
3.2.1 Operationen 33
3.2.2 Ausbildung 34
3.2.3 Support 35
3.2.4 Bauten 36
3.3 Militärverwaltung 36
3.3.1 Ordentliche Tätigkeit 36
3.4 Verwaltung der Militärgebäude 40
3.4.1 Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya 40
4 Amt für Bevölkerung und Migration 40
4.1 Fremdenpolizei 40
4.1.1 Ordentliche Tätigkeit 40
4.1.2 Besondere Ereignisse 41
4.2 Asylbereich 42
4.2.1 Ordentliche Tätigkeit 42
4.2.2 Bundesasylzentrum Guglera in Giffers 42
4.2.3 Besondere Ereignisse 42
4.3 Ausländische Arbeitskräfte 43
4.3.1 Ordentliche Tätigkeit 43
4.3.2 Besondere Ereignisse 44
4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten 44
4.4.1 Ordentliche Tätigkeit 44

4.4.2 Besondere Ereignisse 44
4.5 Registerharmonisierung 44
4.5.1 Ordentliche Tätigkeit 44
5 Amt für Gewerbepolizei (GePoA) 45
5.1 Öffentliche Gaststätten 45
5.1.1 Ordentliche Tätigkeit 45
5.2 Alkoholhaltige Getränke 46
5.2.1 Ordentliche Tätigkeit 46
5.3 Lotterien und Kollekten 46
5.3.1 Erteilte Bewilligungen 46
5.4 Spielautomaten 46
5.4.1 Erteilte Bewilligungen 46
5.5 Spielsalons 47
5.5.1 Erteilte Bewilligungen 47
5.6 Prostitution 47
5.6.1 Ordentliche Tätigkeit 47
5.7 Gewerbe der Reisenden 47
5.7.1 Erteilte Bewilligungen 47
5.8 Konsumkredit 47
5.8.1 Anzahl Bewilligungen 47
5.9 Risikoaktivitäten 47
5.9.1 Erteilte Bewilligungen 47
5.10 Masse und Gewichte 48
5.10.1 Ordentliche Tätigkeit 48
6 Amt für Justiz (AJ) 48
6.1 Tätigkeit 48
6.1.1 Advokatur 48
6.1.2 Notariat 49
6.1.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen 49
6.1.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen 50
6.1.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen 50
6.1.6 Internationale Rechtshilfe 50
6.1.7 Mediation 50
6.1.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen 52
7 Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA) 52
7.1 Tätigkeit 52

7.1.1 Strafrechtliche Sanktionen 52
7.1.2 Verschiedene administrative Leistungen 53
7.1.3 Anzahl Vollzugstage und Insassen 53
7.1.4 Vom JVBHA getroffene Entscheide über den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen 54
7.1.5 Freiheitsstrafen im offenen Vollzug 55
7.1.6 Ersatzfreiheitsstrafen (EFS) 57
7.1.7 Begnadigungsgesuche 58
7.1.8 Strafregister 58
7.1.9 Bewährungshilfe 58
8 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) 59
9 Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) 59
9.1 Aufträge 59
9.2 Tätigkeiten 59
10 Freiburger Strafanstalt (FRSA) 60
11 Personalbestand 60

1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Direktor: Maurice Ropraz
Generalsekretär: Olivier Kämpfen

1.1 Coronavirus – Rückblick 2020

1.1.1 Politische Beteiligung

Die Sicherheits- und Justizdirektion und ihre Ämter waren stark in die Bewältigung der Covid-19-Pandemie involviert. Für die politische und strategische Führung während der Krise bildete der Sicherheits- und Justizdirektor gemeinsam mit der Direktorin für Gesundheit und Soziales die Ad-hoc-Delegation des Staatsrats. Ab Ende Februar stand diese Delegation fast täglich im Austausch mit dem Kommando des kantonalen Führungsorgans, das für die operative Führung bei der Bewältigung der Gesundheitskrise in der ersten Welle im Frühling (KFO Covid-19) und in der zweiten Welle im Herbst und Winter (KFO 2 Covid-19) eingesetzt worden war.

1.1.2 Operative Beteiligung

Sowohl das Generalsekretariat der SJD als auch ihre Partnerdienste des Bevölkerungsschutzes waren intensiv in der Krisenbewältigung engagiert, zum einen durch die direkte Beteiligung am KFO und zum anderen durch die Auswirkungen der Krise auf ihre ordentlichen Tätigkeiten.

Viele Kader und höhere Kader der SJD und ihrer Ämter und angegliederten Anstalten wurden direkt in die zwei aufeinanderfolgenden Ad-hoc-KFOs berufen. Es handelt sich dabei um folgende Personen:

> SJD-Generalsekretariat: der Generalsekretär, der stellvertretende Generalsekretär, die juristische Beraterin, die für Geschäfte in Zusammenhang mit der Kantonspolizei zuständig ist;
> Ämter und Anstalten der SJD: der Vorsteher des Amts für Bevölkerungsschutz und Militär (aufgrund seiner Funktion Leiter des KFO), der Leiter des Bevölkerungsschutzes, der Kommandant des Zivilschutzes, der Stabschef des Zivilschutzes, der Adjunkt des Kommandanten des Militärkreiskommandos, der Kommandant der Kantonspolizei, der stellvertretende Kommandant der Kantonspolizei, der Leiter der Gendarmerie, der Chef der Verkehrs- und Schifffahrtspolizei, zwei Offiziere der Gendarmerie, der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei, ein Brigadenchef, der Leiter der Abteilung Kommunikation und Prävention der Kantonspolizei, der Chef Stabsdienste der Kantonspolizei, der Vorsteher des Amts für Gewerbepolizei, der Leiter der Abteilung Prävention und Intervention der Kantonalen Gebäudeversicherung und der kantonale Feuerwehrinspektor.

Zahlreiche weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an verschiedenen ständigen oder temporären Arbeitsgruppen teil, die im Rahmen der beiden aufeinanderfolgenden KFOs eingesetzt oder vorübergehend verschiedenen operativen Einheiten übertragen wurden.

Das Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) und die Kantonspolizei erlebten aufgrund der Gesundheitskrise eine tiefgreifende Veränderung ihrer ordentlichen Tätigkeiten. Ihre Beteiligung an der Pandemiebekämpfung wird in den jeweiligen Kapiteln dieses Tätigkeitsberichts beschrieben.

Auch bei anderen Ämtern und Anstalten der SJD hatte die Pandemie grosse Auswirkungen auf die ordentliche Tätigkeit.

Dies gilt insbesondere für das Amt für Justiz. So musste in der ersten Welle aufgrund von Covid-19 bei den Gerichtsbehörden und bei den Betreibungs- und Konkursämtern eine neue Arbeitsweise eingeführt werden (Personalfragen, schwierige Situation einzelner Personen, Überlastung mancher Behörden, Bereitstellung von Schutzmaterial, Organisation von Räumlichkeiten usw.). In diesem Zusammenhang verdient die wichtige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Vorsteherin des AJ und dem Präsidenten des Justizrats ein grosses Lob. Ferner wurde in Granges-Paccot ein «Covid-19»-Gerichtssaal eingerichtet, damit die Behörden bei ihren Verhandlungen die Gesundheitsvorschriften einhalten konnten. Der Saal, der mit Tischen 20–30 Personen und ohne

Tische 50 Personen Platz bietet, stand ab Juli allen Gerichtsbehörden zur Verfügung. Der Saal ist seit Herbst voll in Betrieb erfüllt die Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer vollkommen.

Das Amt für Gewerbepolizei (GePoA) war ebenfalls stark gefordert, insbesondere in Zusammenhang mit den Massnahmen, welche die öffentlichen Gaststätten betrafen, und bei ihrer praktischen Umsetzung. Das GePoA und sein Vorsteher waren die bevorzugten Ansprechpartner der Gaststättenbetreiberinnen und Gaststättenbetreiber.

Auch die Freiburger Strafanstalt musste ein Krisenmanagement auf die Beine stellen, denn der Gefängnisbetrieb zeichnet sich sowohl durch die Gefangenschaft als auch durch die Nähe und Intensität des zwischenmenschlichen Austausches aus. Dank der wirksamen Schutzkonzepte, die am Standort Bellechasse und im Zentralgefängnis umgesetzt wurden, blieb die gesundheitliche Situation unter Kontrolle.

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) war ihrerseits stark an der Koordination der Feuerwehr als Unterstützungs- und Reservekraft beteiligt.

1.2 Tätigkeit

1.2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die Information intern und gegen aussen zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen betreffen.

1.2.2 Besondere Ereignisse

1.2.2.1 Integrationspolitik

Das Jahr 2020 forderte von der Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten und für Rassismusprävention (IMR) Flexibilität, Kreativität und Anpassung in einem Kontext, der von Covid-19 stark betroffen war. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Praxisaustausch, die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Sensibilisierung der Bevölkerung waren in Zeiten des Social Distancing eine grosse Herausforderung. Verschiedene Veranstaltungen wie die Woche gegen Rassismus und eine Tagung zum Thema kulturelle Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung konnten nicht wie geplant durchgeführt werden. Um den Kontakt zu den im Bereich Integration und Rassismusprävention tätigen Kreisen und Partnerorganisationen dennoch nicht zu verlieren, wurden neue Arbeitsmethoden erprobt: zum Beispiel Treffen im Freien in kleinen Gruppen, aber natürlich auch die Nutzung von Online-Plattformen bei der Suche nach Ideen und bei der Ermittlung der Bedürfnisse in der Praxis. Darüber hinaus sprach sich die IMR mit anderen Stellen ab, um sicherzustellen, dass ihre Partnerorganisationen und ihr Zielpublikum regelmässig über die Entwicklung der Gesundheitssituation informiert wurden.

Im Jahr 2020 hat die IMR über 50 Projekte subventioniert und neue Massnahmen angeregt, darunter:

> die Aufschaltung einer neuen Website des Programms «Gemeinsam in der Gemeinde», das Jubiläumsjahr zum 10-jährigen Bestehen des Programms;
> eine Schulung zum Thema Vorurteile in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei;
> die Aufnahme der Arbeiten zur Organisation der 10. Woche gegen Rassismus, gemeinsam mit den auf diesem Gebiet tätigen Akteuren und den Westschweizer Integrationsfachstellen und in Zusammenarbeit mit dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg;
> die Erteilung eines Auftrags an Pro Infirmis Zürich für die Übersetzung der deutschen Broschüre «Der Kanton Freiburg heisst Sie willkommen» in Leichte Sprache;
> eine Evaluation des Sprachkursangebots, durchgeführt vom Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg;
> ein Synthesebericht über das Ausbildungsmodul «Das Netzwerk der frühen Förderung stärken», der dem Departement für Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg in Auftrag gegeben wurde;

> die Kampagne «Ihre Stimme zählt», mit der Freiburgerinnen und Freiburger ausländischer Herkunft dazu ermuntert werden, an den Gemeindewahlen von März 2021 teilzunehmen.

1.2.2.2 Umsetzung eines Bedrohungsmanagement-Konzepts

Die Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei, mit der innerhalb der Kantonspolizei eine Abteilung Bedrohungsmanagement (ABM) eingeführt wurde, ist am 1. Juli 2020 in Kraft getreten. Der Zweck der ABM ist Teil des Präventionsauftrags der Polizei und besteht darin, Personen zu identifizieren, bei denen das Risiko besteht, dass sie Gewalttaten begehen könnten, das Risikopotenzial einzuschätzen und in Zusammenarbeit mit einem interdisziplinären Netzwerk die Bedrohung zu entschärfen. Im Verlauf des Jahres 2020 erarbeitete die SJD die Ausführungsverordnung, die den Betrieb der ABM regelt. Der Staatsrat hat die Verordnung im Januar 2021 verabschiedet.

1.2.2.3 Änderung des Gesetzes über die Brandbekämpfung und die Rettungsdienste

Nachdem im Jahr 2019 eine Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes durchgeführt worden war, beauftragte die SJD eine Arbeitsgruppe, der die wichtigsten betroffenen Stellen (Oberamtspersonen, Gemeinden) angehörten, den Entwurf auf der Grundlage der Ergebnisse fertigzustellen und dabei die Fragen der Finanzierung und Steuerung zu vertiefen. Der fertige Gesetzesentwurf konnte dem Grossen Rat Ende des Jahres überwiesen werden. Er hat zum Ziel, die Wirksamkeit der Feuerwehreinsätze und die Effizienz der Feuerwehrorganisation gestützt auf eine Kartierung der Risiken zu verbessern. Die Gemeinden werden namentlich verpflichtet, sich in Verbänden mit mindestens 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zusammenzuschliessen. Die Reform ermöglicht zudem eine Entflechtung der Aufgaben der verschiedenen beteiligten Akteure und eine Vereinfachung des Finanzierungssystems. Die unmittelbaren finanziellen Interessen der Gemeinden werden mit einem Übergangssystem gewahrt.

1.2.2.4 Änderung des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz

Der Vorentwurf der Totalrevision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz (BevSG) sollte ursprünglich im ersten Halbjahr 2020 in Vernehmlassung gegeben werden. Dieses Vorhaben wurde jedoch durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie verzögert, weil die verschiedenen Dienste und Partner des Bevölkerungsschutzes, allen voran das Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM), von der Krisenbewältigung stark beansprucht wurden. Andererseits werden die Erfahrungen aus der Bewältigung dieser Krise, wie es sie im Bevölkerungsschutz noch nie gegeben hat, in die Fertigstellung des Vorentwurfs einfliessen.

1.2.2.5 Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger (BMfzG)

In Umsetzung der Motion 2018-GC-24 «Für eine kohärente und nachhaltige Besteuerung der Motorfahrzeuge» hat die SJD eine Totalrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger (BMfzG) durchgeführt. Der Entwurf sieht im Wesentlichen eine moderne Besteuerungsgrundlage vor, bei der Energie- und Umweltkriterien berücksichtigt werden. Er wurde im März 2020 dem Grossen Rat überwiesen.

1.2.2.6 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EGBGS)

Gemäss den Bestimmungen des neuen Bundesgesetzes über Geldspiele, das am 1. Januar 2019 in Kraft trat, verfügten die Kantone über eine Frist von zwei Jahren, um ihre eigene Gesetzgebung in diesem Bereich anzupassen. Im Februar 2020 gab die SJD den Vorentwurf ihres Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Geldspiele (EGBGS) in Vernehmlassung. Anschliessend stellte sie den Entwurf fertig, den der Staatsrat im Juni an den Grossen Rat überwies. Dieser verabschiedete das Gesetz im September. Das Einführungsgesetz entspricht dem Wunsch der Westschweizer Kantone nach einer Harmonisierung ihrer Gesetzgebung. Es regelt im Wesentlichen die Restkompetenzen der Kantone, insbesondere die Kleinspiele (Kleinlotterien, lokale Sportwetten, kleine Pokerturniere) und das entsprechende Bewilligungssystem.

1.3 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)

1.3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Aufgrund der Gesundheitskrise traf die Konferenz ihre Entscheidungen nicht an ihrer traditionellen Frühjahrsversammlung, sondern auf dem Zirkularweg, und hielt ihre Herbstversammlung per Videokonferenz ab. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

> Interkantonale Vereinbarung über den Austausch von Polizeidaten;
> Harmonisierung der Informatik in der Strafrechtspflege (HIS) und Projekt Justitia 4.0;
> Harmonisierung der Polizeiinformatik (HPI) und Organisation «Polizeitechnik und – informatik in der Schweiz» (PTI);
> Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken;
> Umgang mit Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im Justizvollzug.

1.3.2 Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Der SJ-Direktor ist Mitglied des Konferenzvorstands, der vier Sitzungen abgehalten hat. Die jährliche Plenarsitzung wurde hingegen aufgrund der Pandemie abgesagt. Stattdessen wurden die Entscheidungen auf dem Zirkularweg getroffen. Es wurden namentlich folgende Themen behandelt:

> Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme;
> Zukunft des koordinierten Sanitätsdienstes;
> Strategie für sanitätsdienstliche Schutzanlagen und Schutzanlagen;
> Schweizerisches Materialforum für Zivilschutzmaterial.

1.3.3 Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)

Aufgrund der Gesundheitskrise traf die Konferenz ihre Entscheidungen nicht an ihrer Frühjahrsversammlung, sondern auf dem Zirkularweg, und hielt ihre Herbstversammlung in reduzierter Zusammensetzung ab. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

> Concept intercantonal de coordination opérationnelle et préventive (Interkantonales Konzept für Einsatz- und Präventionskoordination; CICOP);
> Konkordat der lateinischen Schweiz über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher;
> Konkordat der lateinischen Schweiz über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen;
> Management der Aufenthalte von Fahrenden.

1.4 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)

1.4.1 Beschwerden

Bei den Beschwerden präsentiert sich die Situation wie folgt (in Klammer: Zahlen 2019):

> 3 (7) Beschwerden betreffend Waffen. Gefällte Entscheide: 2. Hängige Fälle: 1.
> 1 (1) Beschwerde betreffend Polizeigebühren. Gefällte Entscheide: 1.
> 2 (1) Beschwerden betreffend die Gewerbepolizei. Hängige Fälle: 2.
> 14 (6) Beschwerden betreffend militärische Angelegenheiten. Gefällte Entscheide: 13. Hängige Fälle: 1.
> 23 (28) Beschwerden betreffend Justizvollzug bzw. im Rahmen der Haft. Gefällte Entscheide: 23. Hängige Fälle: 4.
> 1 Beschwerde wegen Rechtsverweigerung im Bereich Ausländerrecht ist noch hängig.

1.4.2 Erstinstanzliche Entscheide

Bei den erstinstanzlichen Entscheiden präsentiert sich die Situation wie folgt (in Klammer: Zahlen 2019):

> 2 (4) Aufsichtsbeschwerden gemäss Gesetz über die Kantonspolizei. Gefällte Entscheide: 2.
> 3 (4) Aufsichtsbeschwerden gemäss Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug. Gefällte Entscheide: 3.
> 5 (1) Aufsichtsbeschwerden gemäss Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege. Gefällte Entscheide: 5. Hängige Fälle: 2.

> 7 (6) Ansprüche gemäss Gesetz über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger. Gefällte Entscheide: 5. Hängige Verfahren: 2.
> 12 (14) Verfahren gemäss Konkordat über die Sicherheitsunternehmen (KSU). Gefällte Entscheide: 10. Hängige Verfahren: 2.
> 7 (2) Rechtshilfegesuche gemäss Gesetz über das Staatspersonal. Gefällte Entscheide: 7.
> 2 (0) Verfahren gemäss Gesetz über das Staatspersonal. Abgeschlossene Fälle: 1. Hängige Fälle: 1.
> 3 (2) Entscheide wurden beim Kantonsgericht angefochten.

1.5 Gesetzgebung

1.5.1 Gesetze und Dekrete

> Gesetz vom 5. Februar 2020 zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten
> Dekret vom 28. Mai 2020 über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung der ersten Etappe der Vollzugsplanung 2016–2026
> Dekret vom 28. Mai 2020 über einen Studienkredit für die zweite Etappe der Vollzugsplanung 2016–2026
> Ausführungsgesetz vom 24. Juni 2020 zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen
> Dekret vom 21. August 2020 über einen Verpflichtungskredit für die Werterhaltung des nationalen Funknetzes POLYCOM
> Geldspielgesetz vom 17. September 2020
> Gesetz vom 18. November 2020 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels

1.5.2 Verordnungen und Reglemente

> Verordnung vom 28. Januar 2020 über den Status von Polizeiaspirantinnen und Polizeiaspiranten und von Polizistinnen und Polizisten in Ausbildung
> Verordnung vom 29. Juni 2020 zur Änderung des Reglements über die öffentlichen Gaststätten
> Verordnung vom 25. August 2020 über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen
> Verordnung vom 24. November 2020 zur Erhöhung des Tarifs 2021 für bestimmte Personenwagen
> Geldspielverordnung vom 14. Dezember 2020

2 Kantonspolizei (POL)

Kommandant: Philippe Allain

2.1 Personalbereich

2.1.1 Bestand am 31.12.2020

Einheiten (VZÄ)	Polizeibeamte	Polizeiaspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando	23 (21,4)	-	2 (1,8)	14 (10,9)	4 (4)	43 (38,1)
Personalbereich	10 (9,8)	22 (22)	-	9 (7,7)	3 (3)	44 (42,50)
Stabsdienste	26 (24,1)	-	1 (1)	37 (31,8)	-	65 (57,9)
Gendarmerie	396 (383,30)	-	17 (15,1)	25 (17,8)	1 (1)	439 (417,2)
Kriminalpolizei	124 (113,7)	-	-	18 (14,8)	1 (1)	144 (130,5)
Total	579 (552,3)	22 (22)	20 (17,9)	103 (83)	9 (8,4)	735 (688,2)

Verhältnis Polizist/Einwohner: 1/552

(Durchschnitte: CH = 1/454; Kantone RBT (FR, GE, NE, JU, VD, VS, BE und TI = 1/446)

2.1.2 Mutationen im Personalbereich

Einheiten	Polizeibeamte	Polizeiaspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	-	25	-	9	34
Pensionierungen	12	-	1	2	15
Kündigungen – Abgänge	9	3	-	7	19

2.1.3 Aufteilung des Personals

	Anzahl	Durchschnitts-Alter	Kader	Französisch-sprechende	Deutsch-sprechende
Frauen	197	36,5	16	144	53
Davon Polizistinnen und Hilfspolizistinnen	124	34,7	11	94	30
Männer	538	39	196	412	126
Davon Polizisten und Hilfspolizisten	472	39,2	185	365	107

2.2 Tätigkeiten der Kantonspolizei

2.2.1 Allgemeine Tätigkeiten

	2019	2020
Erstellte Polizeirapporte	23 363	22 679
Aufgenommene Strafanträge	7 443	6 991
Behandelte Aufträge	23 151	20 197
Input, eingegangen bei der EAZ*	281 712	288 786
Davon eingegangene Anrufe*	157 743	157 943
Davon behandelte Alarme	1 389	2 552
Verhaftungen*	311	228
Personen in Schwierigkeiten (Interventionen für soziale Zwecke)	1 958	2 245

*Zahlen für 2019 aufgrund eines technischen Problems korrigiert.

2.2.1.1 Besondere Ereignisse

Inkrafttreten der Änderung des PolG (1. Juli 2020)

Das Gesetz über die Kantonspolizei wurde auf den 1. Juli 2020 überarbeitet. Die wichtigste Änderung besteht in der Schaffung einer Abteilung Bedrohungsmanagement (nachstehend: ABM), die darauf abzielt, die Begehung von Gewalttaten durch sogenannte Risikopersonen mittels Früherkennung, interdisziplinärer Zusammenarbeit sowie Datensammlung und Datenaustausch zu verhindern.

Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen

Dieses am 1. Juli 2020 in Kraft getretene Ausführungsgesetz ermöglicht es der Kantonspolizei, Täter/innen von häuslicher Gewalt für eine Dauer von maximal 20 Tagen auszuweisen. Darüber hinaus muss die ausgewiesene Person auf Vorladung von EX-pression an 3 Sensibilisierungsgesprächen teilnehmen. Die Abteilung Bedrohungsmanagement (ABM) ist zuständig für die Nachbearbeitung und die Koordination mit den Partnern.

Offiziere und Offizierinnen der Kantonspolizei (Off Kapo)

Seit Juli 2020 gibt es einen 24-Stunden-Bereitschaftsdienst mit einem Offizier oder einer Offizierin der Kantonspolizei (Off Kapo). Der/Die Off Kapo ersetzt den Kommandanten in dienstlichen Angelegenheiten innerhalb seiner/ihrer Zuständigkeit und ist für die Führung bei folgenden Dispositiven zuständig: grössere Vorfälle, an denen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beteiligt sind, Auslösung ORCCAPOL, bestätigte Geiselnahme, Entführungen,

AMOK und grössere Schadenfälle. Im Jahr 2020 haben der Kommandant und sein Stellvertreter diese Aufgabe übernommen.

2.2.2 Covid-19

Von Beginn der Pandemie an war die Kantonspolizei an mehreren Fronten im Einsatz, unter anderem um Informationen zu liefern, die Situation zu überwachen und Prognosen über die Entwicklung der Situation für die Polizei zu erstellen.

Einsatz der Kantonspolizei für das Kantonale Führungsorgan (nachfolgend: KFO)

Verfolgung der Situation

> Eine verstärkte Zelle «Auskunft» überwachte die Situation in Zusammenarbeit mit den Partnern der GSD, um dem Kommando des KFO strategische Informationen zu liefern. Diese Einheit ist immer noch aktiv.

Unterstützung des KFO (1)

> Der Kommandant der Kantonspolizei unterstützt das Kommando des KFO durch die Sicherstellung der Stellvertretung des KFO-Chefs.
> Es wurde ein Kommandoposten (KP) «Begleitung bei Todesfall/für Überlebende» eingerichtet, um Probleme, die im Zusammenhang mit einer grossen Häufung von Todesfällen hätten entstehen können, vorherzusehen und ihnen entgegenzuwirken.
> Der Sektor Kommunikation und Prävention der Polizei ist der Zelle «Info» des KFO beigetreten und unterstützt diese sowohl bei der Führung der Zelle als auch bei der Vorbereitung von Medienmitteilungen, der Organisation von Medienkonferenzen, dem Verfassen von Botschaften an die Bevölkerung, der digitalen Kommunikation und der grafischen Umsetzung von Präventionsbotschaften.
> Auch Logistik, IT und «Polizei»-Kommunikation waren gefordert, um einerseits günstige Bedingungen für Telearbeit zu schaffen und andererseits im Rahmen des KFO eine Hotline bei IT-Problemen für alle Partner des Staates bereitzustellen. Das Restaurant der Kantonspolizei sorgte auch für die Verpflegung des Staatspersonals, das im Auftrag des KFO am Standort Granges-Paccot arbeitete.
> Im Zusammenhang mit der Pandemie setzte das KFO am 17.03.2020 eine Hotline «Schliessung der Geschäfte» ein, um Fragen aus der Bevölkerung in Verbindung mit den Entscheiden des Bundesrates zur Schliessung einer grossen Anzahl von Betrieben zu bearbeiten. Die Hotline wurde von Herrn Patrice Borcard, Oberamtmann des Greyerzbezirks, und Frau Chantal Robin, Direktorin der Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburgs, eingerichtet. Die Verantwortung für diese Hotline wurde der Finanzbrigade der Kantonspolizei anvertraut. Sie war 5 Tage lang in Betrieb und beantwortete 1668 Anrufe. Da einige der Anfragen nicht mit dem Bereich der Betriebsschliessungen zusammenhingen und angesichts der vom Bundesrat angekündigten verschiedenen Phasen beschloss das KFO, eine neue Hotline mit dem Namen «Alltägliches Leben und psychologische Unterstützung» zu eröffnen. Deren Ziel war es, alle Fragen der Bevölkerung zu beantworten, die sich auf das tägliche Leben im weitesten Sinne beziehen, sowie den Menschen, die das Bedürfnis verspürten, psychologische Unterstützung zu bieten. Sie wurde 7 Tage die Woche, von Montag, 30.03.2020, bis Sonntag, 14.06.2020, aktiviert und registrierte 2245 Anrufe.
> Für die Hotlines waren zirka 30 Staatsangestellte (20 Mitarbeitende der Kantonspolizei und 10 Mitarbeitende anderer Staatsdienste) im Einsatz, um Telefonanrufe anzunehmen und einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Pro Tag wurden zwischen 3 und 6 Operatorinnen und Operatoren mit mindestens einer deutschsprachigen Person eingeplant.
> Von 18. März 2020 bis 30. April 2020 wurden die Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule Granges-Paccot mobilisiert, um die verschiedenen, von der Polizei oder dem KFO eingerichteten Zellen zu unterstützen. Es wurden zirka 6250 Stunden für folgende Aufgaben geleistet:
    > Monitoring der sozialen Netzwerke;
    > Führungsunterstützung;
    > Logistik.

Übergang

> Die Kantonspolizei beteiligte sich an der Anpassung von Plänen zur Bewältigung eines grossen Zustroms von Opfern während der Pandemie (GRAV – Pandemie) und entwickelte mit ihren Blaulicht-Partnern einen Plan zur Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit der Einsatz- und Alarmzentrale der Kantonspolizei sowie der Dienste 144 und 118.
> Seit der zweiten Hälfte des Jahres ist die Kantonspolizei bei der Kantonalen Koordinationsstelle (KKS) im Einsatz, die für die Koordination der Umsetzung der Covid-19-Verordnungen von Bund und Kanton zuständig ist. Die Polizei leitet eine Koordinationsgruppe der Koordinationsstelle (G3C), die für den Vollzug von eidgenössischen und kantonalen Verordnungen zuständig ist.

Unterstützung des KFO (2)

> Ab Oktober 2020 wurde die Hotline «Alltägliches Leben» wieder geöffnet, um auf alle Fragen der Bevölkerung in Bezug auf das Verständnis und die Umsetzung der einschränkenden Massnahmen im täglichen Leben zu antworten.
> Ausserdem waren Inspektorinnen und Inspektoren der Kriminalpolizei zur Unterstützung der Contact-Tracing-Zelle im Einsatz.

Polizei

> Für dieses Ereignis wurde auch eine Task Force Polizei eingesetzt, um die Aufgaben der Prävention, der Kontrolle und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Rahmen von Covid-19 zu gewährleisten. Von März bis Mai 2020 wurden die Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei 741 Mal wegen Menschenansammlungen aufgeboten worden. Weiter kontrollierten sie 66 Supermärkte und Geschäfte sowie 114 öffentliche Einrichtungen, um sicherzustellen, dass die Covid-19-Anordnungen eingehalten wurden. Nicht weniger als 6529 Kontrollen wurden durchgeführt, 888 Ordnungsbussen verhängt und 82 Rapporte über Verstösse im Zusammenhang mit Covid-19-Anordnungen erstellt.
> Die gesundheitliche Situation in der Schweiz und weltweit, die mit dem Ausbruch der Coronavirus-Krankheit (Covid-19) zusammenhängt, hat dazu geführt, dass der öffentliche Raum des Kantons ab der Teil-Lockerungsphase stärker als üblich besetzt war. In diesem Zusammenhang waren die Kräfte der Gendarmerie von 3. Juli bis 23. August 2020 damit beschäftigt, die Nutzung des öffentlichen Raums (Seen und Gewässer, Stadtzentren, Touristen- und Wandergebiete) zu kontrollieren, insbesondere an den Wochenenden, von Donnerstag bis Sonntag. In den Bereichen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie im Bereich der Verkehrssicherheit haben sie präventiv gehandelt. Insgesamt haben 1932 Beamtinnen und Beamte während 1104 Stunden 946 Präsenzen geleistet. Während der Patrouillen wurden mehrere Erinnerungen an das Gesetz ausgesprochen, etwa 15 Ordnungsbussen im Bereich Strassenverkehr ausgestellt, jedoch keine Strafanzeigen wegen Covid-19-Verstössen erstellt.

Krisen- und Katastrophenorganisation Polizei (ORCCAPOL)

Während der Covid-19-Periode hat sich die Polizei in eine Krisen- und Katastrophenorganisation Polizei (ORCCAPOL) umorganisiert. Dadurch war es möglich, einen Teil des Personals dem Krisenmanagement und einen anderen dem Management der «117» zuzuteilen.

Eine der ersten Massnahmen war der Schutz unseres Personals, insbesondere der gefährdeten Mitarbeitenden, das heisst Schutzplan, Telearbeit, Prävention, Kommunikation. Eine Reihe von Mitarbeitenden verliess fast über Nacht die Büros, um aus der Ferne zu arbeiten. Ein grundlegendes Element, das vom Personalbereich implementiert wurde, war die Einrichtung einer «Polcare»-Linie, die den Mitarbeitenden einen personalisierten Zuhördienst anbot, der je nach Fall Ratschläge, Informationen, Empfehlungen oder sogar Befehle erteilte. Diese Leitung ist immer noch aktiv und bietet auch die Möglichkeit, die Sorgen und Nöte der Mitarbeitenden zu spüren, die oft mit schwierigen persönlichen Situationen konfrontiert sind.

Die Umorganisation auf ORCCAPOL umfasste auch die Bereitstellung von Kräften für das KFO und später für das sanitätsdienstliche Führungsorgan (SFO), sei es in den Bereichen Führung, Information, Hotlines, Kommunikation oder Logistik.

Auf dem Höhepunkt der Epidemie wurden sogar 15 % der Arbeitskräfte in anderen Diensten als unseren eigenen eingeplant. Im Herzen unserer Infrastruktur MAD 3 wurde auch eine operative Führungszentrale eingerichtet und ein wahres Logistikzentrum geschaffen. Darüber hinaus wurden viele Räume unseren KFO-Partnern zur Verfügung gestellt.

2.2.3 Strafrechtliche Tätigkeiten

2.2.3.1 Zahlen

	2019	2020
Tötungsdelikte	2	2
Leichenhebungen	187	170
Raubüberfälle	37	29
Betrugsfälle (ohne Cyber)	137	144
Digitale Kriminalität		
Anzahl Strafanträge*	481	573
Schadensumme*	CHF 2 834 646	CHF 2 364 975
Brandfälle	250	293
Einbrüche	937	834
Fälle mit minderjährigen Beschuldigten	1233	1059
Illegale Pornographie	72	69
Vergewaltigung / sexuelle Nötigung	45	57
Betäubungsmittel		
Beschlagnahmungen Marihuana (g)	29 300	145 800
Beschlagnahmungen Kokain (g)	1280	3960
Beschlagnahmungen Heroin (g)	427	5210
Beschlagnahmungen Crystal Meth (g)	101	50
Internationale Rechtshilfegesuche (Auslandeinsätze)	5	0
Prävention		
Prävention in den Primarklassen	211	158
Prävention in den OS-Klassen	196	177
Teilnahmen an Eltern- / Lehrer- / Geschäftsbesprechungen	105	137
Punktuelle Interventionen in Klassen	83	42

* Korrigierte Zahlen für 2019

2.2.3.2 Besondere Ereignisse

Doppelmord

Am 25. März 2020, während der Umstellung auf die ORCCAPOL-Führungsstrukturen, hat die Waadtländer Kantonspolizei unsere Dienste angefordert, nachdem zwei mazedonische Staatsangehörige, ein 47-jähriger Vater und sein 24-jähriger Sohn, die zuletzt am Vortag im Greyerzbezirk lokalisiert wurden, als vermisst gemeldet wurden. Die Ermittlungen haben ergeben, dass ein 31-jähriger Landwirt aus der Region die Vermissten mit einer Schrotflinte erschossen und ihre Leichen in der Güllegrube einer Alphütte entsorgt hatte. Ein Geldstreit war die Ursache für die Tragödie. Der Täter hat die Tat gestanden.

Unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtungen (USBV)

Léchelles

Am Sonntag, 14. Juni 2020, um 16:14 Uhr wurde in Léchelles auf einem Parkplatz eine Brandvorrichtung entdeckt. Die Bewohner des Quartiers wurden evakuiert und die möglicherweise funktionsfähige Vorrichtung wurde entschärft. Eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist im Gange.

Murten

Am Montag, 10. August 2020, entdeckte ein Arbeiter bei Ausräumarbeiten in einem Haus einer im November 2019 verstorbenen Person einen Koffer aus Metall, der einer Bombe glich. Bei der Intervention der «Groupe romand de Neutralisation, enlèvement, détection d'engins explosifs» (NEDEX) und des Forensischen Instituts Zürich (FOR) wurden 12 weitere «USBV» im Haus entdeckt. Die Entschärfungsarbeiten dauerten bis 12. August 2020. Während dieser drei Tage wurden die Häuser in der Nachbarschaft punktuell aus Sicherheitsgründen evakuiert. Schliesslich zeigten die Analysen, dass es sich um Objekte handelte, die reellen «USBV»-Objekten stark ähnelten.

Diese beiden Ereignisse erforderten einen erheblichen Einsatz von Interventionskräften (Polizei, Feuerwehr und Sanität).

Hotline NE-FR

Um die hohe Arbeitsbelastung bei der Auslösung eines Entführungsalarms oder bei der Bewältigung eines polizeilichen Grossereignisses zu bewältigen, haben die Polizeikräfte der Kantone Neuenburg und Freiburg eine Vereinbarung unterzeichnet, um ihre Kräfte zu vereinen, indem sie sich im Falle der Öffnung einer Hotline gegenseitig mit Ermittlungs-, IT- und Infrastrukturunterstützung helfen. Diese Vereinbarung betrifft keine anderen Arten von Grossereignissen. Diese werden von den kantonalen Führungsorganen im Katastrophenfall gemanagt.

Bekämpfung des Methamphetamin-Phänomens

Während des gesamten Monats September 2020 wurde eine Task Force mit 8 Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei und der Gendarmerie gebildet, um das Methamphetamin-Phänomen im Kanton Freiburg zu bekämpfen. Im Rahmen dieser Operation fanden zirka fünfzig Anhaltungen und Hausdurchsuchungen (Beschlagnahmung verschiedener Produkte) statt. 45 Personen wurden angezeigt, davon 33 wegen schwerer Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtmG).

2.2.3.3 Bilanz und Perspektiven

Cyber

Die digitale Kriminalität ist weiter auf dem Vormarsch. Personen mit unlauteren Absichten haben die Gelegenheit des Covid-19-Phänomens auf ihre Weise genutzt.

Betäubungsmittel

Umsetzung des angepassten Verfahrens nach dem BGE zur Entkriminalisierung des Besitzes von weniger als 10 Gramm Cannabis.

2.2.4 Tätigkeiten zugunsten der öffentlichen Sicherheit

2.2.4.1 Zahlen

	2019	**2020**
Häusliche Gewalt	548	576
Anzahl Ausweisungen vom Wohnort*	11	87
Anzahl Tage der Ausweisungen vom Wohnort*	70	789
Gesicherte Veranstaltungen	28	13
Ordnungsdienst – Freiburg		
Anzahl Einsätze	21	5
davon für den Sport	16	4
Eingesetzte Beamte	639	208
Anzahl Stunden	3980	1358
Ordnungsdienst GMO (Maintien de l'ordre Romand)		
Anzahl Einsätze	9	1
Eingesetzte Beamte	101	6
Anzahl Stunden	4155	69
Personenschutz	38	24

	2019	2020
davon im Ausland	3	0
davon in der Schweiz	35	24
Besuche in Heimen für Asylsuchende	301	221
Fahrende – Einrichtung von Lagern (Joux-des-Ponts)	12	21
Anzahl Wohnwagen	112	84
Anzahl Übernachtungen	7464	9931
Einkassierter Betrag für den Lagerplatz Joux-des-Ponts	CHF 143 078	CHF 198 640
Fahrende – Einrichtung von Lagern (ausserhalb Joux-des-Ponts)	8	3
Anzahl Wohnwagen	243	45
Anzahl Übernachtungen	1424	355

* Nach Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen wurde für das Jahr 2020 eine starke Zunahme der Anzahl Ausweisungen vom Wohnort sowie der Anzahl Tage der Ausweisungen vom Wohnort festgestellt.

2.2.4.2 Besondere Ereignisse

Sexuelle Belästigung und brutaler Angriff in einem Zug

Intervention am 4. August 2020 am Bahnhof von Chénens, in einem InterRegio-Zug, aufgrund von sexueller Belästigung (tätliche sexuelle Belästigung) und schwerer Körperverletzung. Das Opfer sowie ein Passagier, der dazwischen ging, wurden durch Stichwunden schwer verletzt. Der Täter wurde angehalten. Dieses Ereignis erforderte einen erheblichen Einsatz von Polizeikräften sowie die Identifizierung und Evakuierung der 40 Passagiere.

Integration via Prävention (IVP)

Im Rahmen des Projekts IVP (Präventionsmodule) in Zusammenarbeit mit CARITAS wird ein Kurs für Asylsuchende angeboten, um sie für verschiedene Themen zu sensibilisieren. Die besondere gesundheitliche Situation in diesem Jahr hat dazu geführt, dass mehrere Ausschaffungsverfahren annulliert werden mussten. Diese Verschiebungen haben zu einem Anstieg der Anzahl Personen in einer AAS-Situation (abgewiesene Asylsuchende) geführt. Dieses Phänomen wird noch dadurch verschärft, dass dem Kanton Freiburg mehr Personen aus Nordafrika zugeteilt wurden.

Neue soziale Bewegungen (von Januar bis Oktober 2020)

Die Kantonspolizei überwachte 4 Demonstrationen, darunter eine nicht bewilligte, die von verschiedenen Kollektiven organisiert wurden, die sich hauptsächlich für den Klimaschutz einsetzen. Diese Veranstaltungen verliefen ohne Zwischenfälle, erforderten aber erhebliche Vorarbeiten, um die Organisatoren zu begleiten und vorbeugende Massnahmen zu treffen.

Am 10. Juni 2020 beantragte die NRO «Citoyens en action pour la démocratie et le développement» (CADD) eine Genehmigung für eine Demonstration mit Umzug in der Stadt Freiburg zum Thema Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere gegen Schwarze. Im Rahmen des Covid-19 wurden bestimmte Einschränkungen auferlegt, wie die auf 300 festgelegte maximale Teilnehmerzahl und das Erfordernis, einen Schutzplan zu haben. Die Kantonspolizei stellte die Koordination zwischen den lokalen Partnern und dem Leiter der Organisation sicher, um die Grundzüge festzulegen. In der Folge wurden mehrere Kontakte mit dem Leiter aufgenommen, um das Covid-19-Konzept und den Schutzplan zu verfeinern. Am Tag vor der Veranstaltung hob der Bundesrat die maximale Teilnehmerzahl für politische Veranstaltungen auf. Am Samstag, 20. Juni, versammelte die Demonstration 1500 Personen an der UNI Pérolles und der Umzug zog zum Python-Platz. Der Veranstalter hat alle vorgegebenen Richtlinien eingehalten und ein wirksames internes Sicherheitsdispositiv eingerichtet. Es wurden keine Ausschreitungen festgestellt und am Ende der Reden auf dem Python-Platz bedankte sich der Veranstalter bei der Polizei für die Überwachung der Veranstaltung. Wir stellen unsererseits eine sehr gute Koordination zwischen den Verantwortlichen dieser Demonstration und der Polizei fest.

Vandalismus (von März bis August 2020)

In Villars-sur-Glâne wurde eine Zunahme von Vandalismus festgestellt, insbesondere im Quartier «Les Dailles». Die erheblichsten Vorfälle waren Brände im Keller eines Einkaufszentrums, in den Räumlichkeiten eines Sportzentrums und in den Räumlichkeiten eines Gebäudes sowie von Waldsofas, Schäden an privaten Fahrzeugen, Gemeindegebäuden und privaten Häusern. Gemeinsame Ermittlungen der bürgernahen Polizei und der Jugendbrigade führten zur Anhaltung von vier Haupttätern und zur Aufklärung von rund 30 Anzeigen mit einem geschätzten Schaden von rund 200 000 Franken.

Schwerpunkt «CENTRUM» (Ende August bis Oktober 2020)

Regionale Schwerpunktaktion während des Spätsommers im Sektor Grand-Places in Freiburg im Zusammenhang mit der Zunahme von unzivilisiertem Verhalten und Schlägereien und dem von der Bevölkerung empfundenen Gefühl der Unsicherheit, insbesondere am Abend und in der Nacht. Gemeinsam haben die mobile Polizei, die bürgernahe Polizei und die Kriminalpolizei ihre Präsenz und ihr Handeln im betreffenden Sektor deutlich verstärkt. Die Hauptprotagonisten, oft mehrfache Rückfalltäter, wurden identifiziert und angezeigt; die meisten von ihnen (28 Personen) haben nun ein Rayonverbot für das Stadtzentrum von Freiburg. Sie haben in der Regel kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz und sind mangels Abkommen nicht in ihr Herkunftsland «ausschaffbar».

Dieser Schwerpunkt wird im Jahr 2021 weitergeführt.

2.2.4.3 Bilanz und Perspektiven

Durch präventive, abschreckende oder repressive Massnahmen im Bereich der öffentlichen Sicherheit konnte im Jahr 2020 ein hohes Mass an bürgernaher Sicherheit im Kanton gewährleistet werden.

Die Entwicklung des nationalen und internationalen Sicherheitsumfelds sowie das ständige Auftreten neuer krimineller Phänomene erfordern von der gesamten Kantonspolizei, dass sie im Jahr 2021 und in Zukunft ihre Fähigkeit zur Antizipation und Reaktivität weiter ausbaut.

Phobie und Hassverbrechen

Ende 2019 wurde die Kantonspolizei vom Grossen Rat beauftragt, Fälle von Belästigung und Diskriminierung gegenüber der LGBTIQ+-Gemeinschaft zu erfassen. Um dies zu erreichen, wurde beschlossen, eine operative Plattform einzurichten. Diese von einem Polizeioffizier geführte Plattform versammelt zweimal im Jahr die wichtigsten Verbände, die die Interessen der LGBTIQ+-Gemeinschaften im Kanton Freiburg vertreten (Sarigai und LAGO), sowie eine Staatsanwältin. Ziel der Plattform ist es, sich über die Schwierigkeiten auszutauschen, welche Opfer haben, wenn sie sich trauen, Fälle anzuzeigen, und auch die Ausbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Umgang mit diesen Opfern zu verbessern. Im Verlauf des Jahres, mit dem Aufkommen der Black-Lives-Matter Bewegung sowie der Publikation der von der Stadt Freiburg und der Hochschule für soziale Arbeit durchgeführten Studie über Belästigung auf der Strasse wurde beschlossen, die Zählung auf andere Formen von Belästigung und Diskriminierung auszuweiten. So sind uns seit Beginn des Jahres 2020 folgende Fälle gemeldet worden:

> 29 Meldungen von rassistischer Diskriminierung
> 12 Meldungen von Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität
> 10 Meldungen von sexistischer Diskriminierung (Belästigung auf der Strasse)
> 1 Meldung einer anderen Diskriminierung

2.2.5 Tätigkeiten zugunsten der Sicherheit in Strassenverkehr und Schifffahrt

2.2.5.1 Zahlen

	2019	2020
Unfallaufnahmen durch die Polizei	1082	*984
Bei Verkehrsunfällen verletzte Personen	692	*608
Bei Verkehrsunfällen verstorbene Personen	4	*11
Verunfallte Lenker/innen unter Einfluss von Betäubungsmitteln	24	**25

	2019	2020
Verunfallte Lenker/innen unter Einfluss von Alkohol	157	**148
Geschwindigkeitskontrollen (mobile Radare)	1699	1429
Raser-Delikte Via Sicura	30	34
Beschlagnahmte Fahrzeuge aus Raser-Delikten Via Sicura	12	17
Unfälle in der Schifffahrt	1	3
Hilfeleistung für Schiffführer/innen oder Schwimmer/innen in Schwierigkeiten	17	10
Einsätze der Tauchergruppe	14	15
Abkommen des Neuenburgersees		
Patrouillenstunden	94	123,75
Einsatzstunden	40,75	11
Anzeigerapporte	8	1
Ordnundsbusse / Bedenkfristformular	0	12
Ermittlungsrapporte wegenTaucherunfällen	2	2
Kontrollierte Lastwagen, Reisebusse usw.	886	687
Festgestellte Verstösse	267	227
Verkehrslektionen in Schulen und Instituten	1302	1499
Ausbildung von Schul-Patrouilleuren – Kinder	1005	1355
Ausbildung von Schul-Patrouilleuren – Erwachsene	629	827
Führerausweisprüfungen (Anzahl Personen)	967	780
Erziehungskurse für Jugendliche, die wegen SVG-Vergehen angezeigt wurden	8	6
Präventionskampagnen für die Strassenverkehrssicherheit	5	4

* Es handelt sich um eine Hochrechnung, da die Frist für die Zustellung der definitiven Statistiken an das ASTRA auf den 20.02.2021 festgelegt wurde.

** Es handelt sich um ein nicht definitives Resultat, da 11 Analyse-Ergebnisse noch ausstehend sind (am 19.01.2021).

2.2.5.2 Besondere Ereignisse

Covid-19 und Cyanobakterien im Neuenburgersee

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden ab den ersten Wochenenden im April zusätzliche Patrouillen organisiert, um präventiv Präsenz an den Seeufern zu markieren. Während der gesamten Saison wurde die Präsenz der Beamtinnen und Beamten an den Gewässern erhöht.

Darüber hinaus wurden aufgrund der Entdeckung von Cyanobakterien im Kanton Neuenburger die Präsenzen auf dem Neuenburgersee für zwei Wochen erhöht. Während dieser Zeit meldeten sich Seebenutzerinnen und Seebenutzer regelmässig bei unserem Dienst, um Informationen über diese Bakterie einzuholen.

Diese zwei Ereignisse haben die interkantonale Kommunikation und Zusammenarbeit gefördert.

Bilanz der Kooperation der 3 Seen (NE, VD und FR)

Für das Jahr 2020 wurden nur wenige Interventionen auf dem Gebiet von Neuenburg angefordert. Die Zusammenarbeit mit den Behörden und Kollegen von Neuenburg verlief sehr gut und die Seepolizei Freiburg konnte ihren Auftrag erfüllen.

Aufgrund der Pandemie konnte sich der Steuerungsausschuss nicht treffen, er hat jedoch am Ende der Saison eine Standortbestimmung per Videokonferenz durchgeführt.

2.2.5.3 Bilanz und Perspektiven

«Juste, juste» (von 1. Januar bis 31. Dezember 2020)

Die Verkehrspräventionskampagne der Kantonspolizei und ihrer Partner, des ASS und der Freiburger Sektion des TCS, wurde 2020 fortgesetzt.

Die sozialen Netzwerke wurden nebst dem Gelenkbus der TPF in den Farben der Kampagne, der bis Mai 2021 durch den Kanton fahren wird, als Hauptkommunikationskanäle genutzt. Andererseits wurden auch Broschüren mit Ratschlägen zur Verkehrssicherheit erstellt.

Dieser Schwerpunkt wird bis Mai 2021 weitergeführt.

«Resco» (06.01.20–10.01.2020 / 11.05.2020–29.05.2020 / 24.08.2020–09.09.2020)

Unter dem Slogan «Achtung: Kinder überraschen! Rechnen Sie mit Allem!» zielte die Schulanfang-Kampagne darauf ab, dass grundlegende Verkehrssicherheitsregeln in der Nähe der Schulstandorte und auf dem Schulweg eingehalten werden.

Aufgrund des Teil-Lockdowns, der die Schliessung der Schulen mit sich brachte, wurde Ende Mai 2020 ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet.

Während der 1684 Präsenzen (895 Stunden) wurden 142 Verstösse festgestellt (123 OB und 19 Rapporte). Es wurden auch Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt: Bei 111 Kontrollen (149 Stunden) wurden 42 351 Fahrzeuge kontrolliert, davon waren 1474 zu schnell unterwegs (3,48 %).

«XELERA»

Gezielte Aktionen zur Bekämpfung von Verhaltensweisen, die zu Unsicherheit im Strassenverkehr führen (übermässiger Lärm, unangepasste Geschwindigkeit, veränderte Ausrüstung usw.). Sie fanden am 4. Juli 2020 (Regionen Zentrum und Süd) und am 28. August 2020 (Regionen Zentrum und Nord) statt. Die Ergebnisse dieser Aktionen sind folgende:

52 kontrollierte Fahrzeuge, 30 angezeigte Lenkerinnen und Lenker (übermässiger Lärm, veränderte Ausrüstung usw.), 3 immobilisierte Fahrzeuge.

Geschwindigkeitsradar während der Aktionen: 1253 kontrollierte Fahrzeuge, 63 angezeigte Lenkerinnen und Lenker.

Während ihres regulären Dienstes haben die speziell für die Erkennung dieser Ärgernisse ausgebildeten Beamtinnen und Beamten diesem Phänomen, das immer mehr zunimmt, besondere Aufmerksamkeit gewidmet (92 kontrollierte Fahrzeuge kontrolliert, 46 Anzeigen und 18 Schilderentzüge).

Im Zusammenhang mit dieser Problematik nahm die Kantonspolizei vom 7. September bis 2. Oktober 2020 unter der Leitung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) und des TCS an einem Projekt zur Entwicklung eines Apparates teil, der den Lärm der vorbeifahrenden Fahrzeuge misst. Mit der Unterstützung der kantonalen Behörden hat sie sich bereiterklärt das Display in einem städtischen Bereich zu testen. Dieses Projekt im Rahmen der Kampagne «JUSTE JUSTE: Überschreiten wir nicht die Grenzen» zielt darauf ab, die Verkehrsteilnehmenden auf ihre Fahrweise aufmerksam zu machen (übermässige Beschleunigung). Die Ergebnisse des Tests werden vom BAFU mitgeteilt, sobald sie ausgewertet sind.

«Fakultative praktische Radfahrkurse im Sommer»

Jedes Jahr während des Schuljahres erhalten die Schüler der 6H eine theoretische und eine praktische Unterrichts-stunde auf dem Fahrrad, in der die Kinder mit dem Fahrrad die Strasse befahren. Im Jahr 2020 konnten aufgrund der Covid-19-Situation nur theoretische Kurse durchgeführt werden. 250 praktische Kurse für zirka 4000 Schülerinnen und Schüler konnten im schulischen Rahmen nicht durchgeführt werden. Um diese Ausfälle zu kompensieren, hat die Kantonspolizei im Juli fakultative Lektionen angeboten, die in 52 Gemeinden unseres Kantons erteilt wurden. An den 71 praktischen Kursen nahmen etwa 800 Schülerinnen und Schüler teil.

2.2.5.4 Prävention auf den Seen

«Sicher auf unseren Seen» (von 1. Mai bis 30. September 2020)

Präventive Kampagne mit 3 Achsen: Sichtbarkeit – Sicherheit – Zusammenleben/Respekt. Während der gesamten Sommersaison wurden drei zweisprachige Filme in den sozialen Netzwerken ausgestrahlt und 150 wasserdichte Beutel als Markierungsbojen für Schwimmer verteilt.

Die Beamtinnen und Beamten der Seepolizei standen 55 Mal (2019: 57) im Einsatz für:

- Seebenutzerinnen und Seebenutzer in Schwierigkeiten;
- Suche von Personen;
- Rettung von 5 Personen aus Flüssen;
- Vorfälle beim Tauchen;
- verstorbene Personen;
- gesunkene oder treibende Boote;
- Verschmutzungen;
- einen Blindgänger;
- Schifffahrtsunfälle/-vorfälle.

Während dieser Einsätze hat das Personal der Seepolizei 68 Ordnungsbussen ausgestellt (das Ordnungsbussenverfahren trat am 1. Januar 2020 in Kraft) und 39 Rapporte an die Staatsanwaltschaft Freiburg (2019: 51).

2.2.6 Besondere Tätigkeiten

2.2.6.1 Waffen- und Sprengstoffkontrolle

Die neuen Bestimmungen des Waffengesetzes (WG) sind am 15. August 2019 in Kraft getreten.

	2019	2020
Waffenerwerbsbewilligungen (zivile)	1488	1271
Waffentragbewilligungen	57	40
Europäische Feuerwaffenpässe	164	123
Einträge in europäische Feuerwaffenpässe	39	46
Abgewiesene Gesuche (Erwerb und Tragen von Waffen)	36	51
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	9	11
Kontrolle von Sprengstofflagern (Benutzer/innen)	1	4
Bewilligungen zum Erwerb und Abbrand von Feuerwerk Kat. 4	58	24
Beschlagnahmungen von Waffen (Anzahl Fälle)	351	297
Ermittlungen	87	115
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	22	23
Vernichtung von Waffen (Stückzahl)	530	732
Rücknahme von Waffen Dritter zur Vernichtung (Stückzahl)	130	157
Rücknahme von Sprengstoffen zur Vernichtung (in Kilogramm)	2,3	26
Rücknahme von Sprengkapseln zur Vernichtung (in Stück)	754	570

2.2.6.2 Verwaltung der Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2020 wurden ausgestellt:

	2019	2020
Bewilligungen zur Anstellung von Personal	185	102
Ausübungsbewilligungen	27	27
Betriebsbewilligungen	5	3
Bewilligungen zur Anstellung von Sicherheitspersonal in öffentlichen Gaststätten	5	4
Bewilligung zur Anstellung von Sicherheitspersonal in Geschäften	1	0

Zurzeit gibt es im Kanton Freiburg 10 zugelassene Sicherheitsunternehmen (2019: 12).

2.2.6.3 Gefangenentransporte

	2019	2020
Anzahl Transporte	4549	3407
Innerhalb des Kantons	4067	2961
Ausserhalb des Kantons	488	449
Anzahl gefahrene Kilometer	124 579	106 734

2.2.6.4 Interventionsgruppe

	2019	2020
Einsätze der Interventionsgruppe (GI)	214	129
Spezifische GI-Interventionen	50	48
Transporte von gefährlichen Gefangenen	42	12
Aktionen in schwierigem Gelände	28	11

2.2.6.5 Polizeihunde

	2019	2020
Anzahl Hunde	9	7
Anzahl Prüfungen (operationelle Fähigkeitstests) / davon nicht bestanden	4/1	1/0
Anzahl Einsätze	249	234
davon Verhaftungen und/oder Auffinden von gestohlenen Gegenständen	17	19
davon Hausdurchsuchungen durch Betäubungsmittelspezialisten	114	101
davon Personensuche	129	107
davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	3	7

Bei der Suche nach Personen war der Einsatz der Hunde 15 Mal erfolgreich. Bei der Suche nach Drogen wurden die Hunde 59 Mal erfolgreich eingesetzt. Dabei wurden 173 Gramm Haschisch, 11 375 Gramm Marihuana, 37 Gramm Ecstasy, 15 Thaipillen, 103 Gramm Kokain, 7 Gramm Crystal Meth, 17 Gramm Heroin, 5 Gramm Amphetamin und mehrere Tausend Franken und Euro sichergestellt.

2.2.6.6 Anhaltung von gesuchten Personen

Im RIPOL / SIS Schengen-Suchsystem ausgeschriebene Personen

	2019	2020
Anzahl	886	823

2.2.6.7 Ausschaffungen ins Ausland

	2019	2020
Begleitete Ausschaffungen	17	4
Eingesetzte Beamte	85	28
Anzahl Einsatzstunden	1456	477

2.2.6.8 Die polizeiliche Koordinationsplattform Sport (PKPS)

Die PKPS steht als nationale Drehscheibe in Sachen Gewalt im Sport in einem regen Austausch mit polizeilichen sowie nichtpolizeilichen Partnern und wird somit ihrer Vermittlerrolle gerecht. Dieser Austausch unter den verschiedenen Playern hat sich mittlerweile gut eingespielt und die Kontakte untereinander ermöglichen ein lösungsorientiertes Arbeiten. Gesamtschweizerisch gesehen, hat sich die Problematik um die Gewalt im Sport stabilisiert. Die grössten Probleme im Fussball, abgesehen von den pyrotechnischen Gegenständen, konnten klar auf den Reisewegen / Fanverschiebungen eruiert werden. Mit der zurzeit herrschenden Covid-19-Problematik finden keine Fanverschiebungen mehr statt, weshalb zurzeit kaum mehr Gewalt festzustellen ist.

Auf nationaler Ebene wurde die künftige Spotterleitlinie «Unité de doctrine», die die Aufgaben der dezentralen Fachstellen und Szenekenner umschreibt, erarbeitet und entsprechend validiert.

Erstmals wurde auch der schweizweite HOOLI-Alarm ausgelöst und die daraus gezogen Lehren verarbeitet. Mit dem neuen auf HOOGAN geschaffenen Modul zur Täteridentifikation konnten bisher 12 Personen identifiziert werden. Die PKPS hat verschiedene operative Spielbesuche durchgeführt und diese entsprechend rapportiert (Good Practices und Verbesserungspotential).

Bei der Evaluation des Hooligan-Konkordats durch Herrn Alain Brechbühl, Forschungsstelle Gewalt bei Sportveranstaltungen der Universität Bern, hat die PKPS auf der Basis des GSLS-Reporting entsprechende Eckdaten geliefert.

In der Zeit von 3. Juni 2019 bis 1. März 2020 evaluierte die PKPS 233 Fussballspiele und 610 Eishockeyspiele.

2.2.6.9 Nachrichtendienst (ND)

Insgesamt befindet sich der ND in einem sehr dynamischen Jahr, sowohl in operativer als auch in struktureller Hinsicht. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 3. Juli 2019 beschlossen, die Entschädigung des Bundes an die Kantone für den Vollzug des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) um zusätzliche 2,6 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, was 26 Stellen in den kantonalen Nachrichtendiensten entspricht. Der ND, der über einen Personalbestand von 4,5 VZÄ verfügte, legte dem NDB zusammen mit dem Kommandanten der Kantonspolizei ein Konzept zum Ausbau des Bereichs Human Intelligence (HUMINT) in seinem Dienst vor, wofür 1 zusätzliche VZÄ erforderlich war. Das Projekt wurde genehmigt. Somit zählt der ND ab dem 1. Januar 2020 einen Bestand von 5,5 VZÄ. Angesichts der Covid-19-Pandemie und einer Kündigung im Laufe des Jahres ist das ND-Team dabei, sich neu zu strukturieren. Festzuhalten ist jedoch, dass der ND trotz pandemiebedingter Massnahmen und Personalfluktuation innerhalb des Dienstes immer einsatzfähig war und die Aufgaben und Aufträge aller seiner Tätigkeitsbereiche erfüllen konnte. Darüber hinaus zeugen verschiedene Inspektionen, die im vergangenen Jahr von kantonalen und eidgenössischen Behörden mit sehr zufriedenstellenden Ergebnissen durchgeführt wurden, von der Qualität der Dienstleistungen des ND. Was die Fälle betrifft, so wurde dem Thema islamischer Terrorismus im Rahmen einer Operation, an der die kantonalen und eidgenössischen Behörden beteiligt waren, hohe Priorität eingeräumt. Dabei wurden 4 im Kanton wohnhafte Personen angehalten, die im Verdacht stehen, gegen das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen «Al-Qaïda» und «Islamischer Staat» verstossen zu haben. Wir stellen jedoch auch eine Zunahme des Arbeitsaufkommens in allen anderen Bereichen fest, mit denen wir uns befassen: Spionageabwehr, Proliferation, gewalttätiger Extremismus und ethno-nationalistischer Terrorismus.

2.2.6.10 Abteilung Bedrohungsmanagement (ABM)

Die Priorität dieser neuen Einheit ist die Prävention von Gewalt.

Die Entwicklung des Projekts ist in Bezug auf praktische Anwendungsprozesse, Aufzeichnungen und Verwaltung, IT-Tools, Auswahlverfahren des Personals der Abteilung und den Entwurf einer Verordnung über das Bedrohungsmanagement abgeschlossen. Das neue Ausführungsgesetz zum Schutz gewaltbetroffener Personen betrifft die ABM, insbesondere im Bereich der häuslichen Gewalt.

Die Abteilung besteht aus einem Chef und einem Adjunkten und wurde am 1. Januar 2021 mit einer forensischen Psychologin verstärkt.

Was die Aktivität betrifft, wurden 118 Dossiers eröffnet. Die Bearbeitung ist wie folgt organisiert:

> 17 aktive Fälle, die Massnahmen, Gespräche, Beurteilungen, Weiterverfolgung, Koordination erfordern;
> 58 passive Fälle, die ein Monitoring und Beurteilungen in Bezug auf die Entwicklung der Situation erfordern;
> 43 inaktive Fälle, die nur eine Verfolgung der Situation erfordern;
> 42 Situationen ohne Eröffnung eines Dossiers, Fälle von Nichteintretensentscheiden (NEE), die nicht in der Datenbank gespeichert sind.

Der Umfang der Fälle ändert sich ständig. Bei diesen ersten Erfahrungen sind konkrete Ergebnisse zu sehen, insbesondere bei der Umsetzung von Massnahmen, die mit den verschiedenen, bereits beteiligten Partnern wie dem

BMA, den Friedensgerichten, dem Jugendamt, den Oberämtern und den Gesundheitsfachleuten abgestimmt werden. Es wurden mehrere ABM-Warnungen an das Polizeipersonal übermittelt, um Interventionen zu priorisieren oder Vorsichtsmassnahmen zu bestimmen.

Was die Perspektiven betrifft, sind folgende Entwicklungsziele in Arbeit:

> Ernennung einer Gruppe von Expertinnen und Experten (siehe PolG);
> Schritte bei den verschiedenen Partnern zur Bestimmung von Ansprechpersonen (Entwicklung eines Netzwerks);
> Ausbildungsprogramm für Ansprechpersonen;
> Entwicklung und Anpassung von Arbeitsabläufen und Handlungen auf der Basis erster Erfahrungen;
> Entwicklung des Konzepts Bedrohungsmanagement (gemeinsame und einheitliche Prozesse) für Institutionen, Behörden, Schulen, Universitäten und Ausbildungseinrichtungen;
> Weiterbildung der Abteilungsmitglieder.

2.3 Unterstützung bei Operationen / Verwaltung (Dienstleistungen)

2.3.1 Buchhaltung

	2019	2020
Betrag der einkassierten Ordnungsbussen	CHF 8 344 972	CHF 10 540 919
Erstellte Rechnungen	16 341	14 111
Verrechnete Beträge	CHF 6 331 078	CHF 6 244 911

2.3.2 Rechtliche Tätigkeiten

	2019	2020
Streitfälle (Beschwerden, Strafanzeigen, Reklamationen, usw.)	65	68
Behandelte Dossiers in Sachen Datenschutz	49	70
Registrierte Konsultationsanfragen	40	44

Die Zahl der Gesuche von Privatpersonen um Einsicht in polizeiliche Daten hat stetig zugenommen, ohne dass die Ursache für diesen Anstieg ermittelt werden konnte. Generell gewinnen Datenschutzaspekte bei der Tätigkeit der Kantonspolizei zunehmend an Bedeutung.

2.3.3 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

	2019	2020
Medienmitteilungen	326	329
Anfragen von Journalistinnen/Journalisten	671	976
Anzahl Praktikantinnen/Praktikanten	10	10
Öffentlichkeitsarbeiten	6	0
Facebook Kantonspolizei		
«Like» – Stand	17 150	19 474
Follower – Stand	17 794	20 294
Veröffentlichungen	157	247
Nachrichten – via Facebook behandelte Anfragen	253	420
Instagram Kantonspolizei (ab August 2018)		
Follower – Stand	5819	8527
Veröffentlichungen	85	88
Nachrichten – via Instagram behandelte Anfragen	256	437
Besuche bei der Kantonspolizei	65	6
Ferienpässe	10	6
Übersetzungen	661	957

2.3.3.1 Öffentlichkeits- und Präventionsaktionen

Die Covid-19-Pandemie, die die ganze Welt betraf, hatte Auswirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit, die von der Kantonspolizei für 2020 geplant war. Auch wenn die meisten Aktionen abgesagt oder verschoben werden mussten, konnte die Kantonspolizei doch einige davon durchführen.

Ausstellung «Plus fort que la violence/Stärker als Gewalt»

Nach dem Erfolg der Ausgabe 2019 hat das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) beschlossen, die zweisprachige Wanderausstellung «Plus fort que la violence/Stärker als Gewalt» fortzusetzen. Dementsprechend wurde die Ausstellung von 13. Januar bis 21. Februar 2020 in den Räumlichkeiten des Collège du Sud in Bulle aufgebaut. Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung im Alter von 15 bis 25 Jahren konnten sie somit besuchen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte konnten in Zusammenarbeit mit anderen Staatsdiensten die jungen Besucherinnen und Besucher zu diesem Thema begrüssen, anleiten und beraten. Die Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei waren bei etwa vierzig der siebzig geplanten Präsentationen im oben genannten Zeitraum anwesend. Die Bilanz der Ausstellung war wieder sehr positiv. Die Ausstellung hätte im Herbst 2020 in den Kanton Freiburg zurückkehren sollen, doch die gesundheitliche Situation liess dies nicht zu.

Swiss Cyber Security Days

Am 13. und 14. Februar 2020 fanden im Forum Freiburg die Swiss Cyber Security Days statt. An dieser Messe, die verschiedene Spezialisten auf diesem Gebiet zusammenbrachte, konnten die Schweizer Polizeikorps die Besucherinnen und Besucher an einem Stand zur Prävention von Cyberkriminalität begrüssen. In Zusammenarbeit mit dem nationalen Netzwerk Ermittlungsunterstützung Digitale Kriminalitätsbekämpfung (NEDIK) waren auf diesem Gebiet spezialisierte Inspektorinnen und Inspektoren am Stand anwesend und beantworteten Fragen von interessierten Personen.

Ferienpass

Obwohl nicht wenige Gemeinden aufgrund der gesundheitlichen Situation ihre Ferienpassangebote annullierten, haben einige ihre Aktivitäten in diesem Zusammenhang aufrechterhalten. So hat die Kantonspolizei ein speziell auf die Gesundheitsnormen abgestimmtes Programm auf die Beine gestellt, sehr zur Freude der über 80 jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am 7. Juli sowie 12. und 19. August konnten sie herausfinden, wie eine Verkehrskontrolle abläuft, warum eine Polizistin oder ein Polizist bestimmte Kontrollen vornimmt, an einem kriminaltechnischen Posten Spuren sichern und wie immer über die Arbeit unserer Polizeihunde staunen.

Weitere Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit

Im Laufe des Jahres 2020 konnte die Kantonspolizei eine Reihe von Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit durchführen. So hatten wir Gelegenheit, vor verschiedenen Zuhörern zu folgenden Themen zu sprechen: Vorstellung des Berufs Polizistin/Polizist (Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschule Freiburg sowie der Primarschule Domdidier); Prävention gegen Enkeltrick-Betrügereien und aktuelle Themen (Aktive Alter Heitenried); Präsentation über Betäubungsmittel (Personal des Zwangsmassnahmengerichts). Zu Beginn des Jahres hatte die Kantonspolizei auch Gelegenheit, sich in ihren Räumlichkeiten in Granges-Paccot und in denen der Kriminalpolizei mehreren Besuchergruppen vorzustellen, darunter auch OS-Schülerinnen und Schülern des Kantons. Die Besuche in unseren Räumlichkeiten sowie die anderen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit mussten im März aufgrund der gesundheitlichen Situation leider annulliert werden.

Präventionskampagnen

Der Sektor Kommunikation und Prävention koordiniert die Prävention zwischen den verschiedenen Brigaden der Kriminalpolizei und den Sektionen der Kantonspolizei. Die Präventionskampagnen im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit und die Präventionsaktionen für Minderjährige werden in den entsprechenden Kapiteln beschrieben.

Es wurde eine Reihe von Kommunikationsmassnahmen zur Kriminalitätsprävention über soziale Netzwerke durchgeführt. So hat die Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit den Schweizer Polizeikorps und der Schweizerischen

Kriminalprävention Präventionsbotschaften zu verschiedenen Phänomenen der Cyberkriminalität veröffentlicht, nämlich: Sextortion, Money Mule, Cyber Mobbing, Cyber Scams, Cyber Betrüge und Grooming. Auch andere Publikationen haben dazu beigetragen, unsere Bürgerinnen und Bürger für aktuelle Trends zu sensibilisieren, unter anderem für verschiedene Arten von Diebstahl.

2.3.3.2 Jubiläen

Die Kriminalpolizei feiert ihr 100-jähriges Bestehen

Am 12. Mai 1920 verabschiedete der Grosse Rat auf Vorschlag des Staatsrates ein Gesetz über die Bildung eines «Korps von Sicherheitsbeamten». Fast 100 Jahre später richtete der Chef der Kriminalpolizei ein Organisationskomitee ein, um diesen Jahrestag würdig zu feiern. Für das Jahr 2020 waren verschiedene Veranstaltungen geplant, doch inzwischen hat Covid-19 die Pläne auf den Kopf gestellt. Nichtsdestotrotz wurde von regionalen Zeichnerinnen und Zeichnern ein Comic mit einer Auflage von 2650 Exemplaren produziert, der die Geschichte der bahnbrechenden Fälle erzählt. Im Gutenberg-Museum sind zwei Ausstellungen über Fälle und Material geplant, die die Arbeit der Inspektorinnen und Inspektoren vorstellen. Darüber hinaus haben Zeitungen und Radiosender des Kantons das ganze Jahr über eine Retrospektive von Gerichtsfällen veröffentlicht und ausgestrahlt, die in den letzten 100 Jahren ihre Spuren hinterlassen haben.

2.3.4 Forensik

	2019	2020
KLASSISCH		
Identifizierungen durch den KTK:	284	359
durch Fingerabdrücke	99	149
durch DNA	128	158
durch Schuhspuren	57	52
Verbindungen zwischen Schuhspuren	123	64
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	140	51
Daktyloskopisch erfasste Personen	1385	1473
DNA-Entnahmen	1182	1078
Löschen von daktyloskopischen Daten	1721	1296
Löschen von DNA-Profilen	1331	949
DIGITAL		
Aus Telefonen extrahierte Daten in Terabyte (TB)	8	16
Auf Servern gespeicherte Fälle in Terabyte (TB)	85	118

Trotz eines Rückgangs der Aufnahmen, der teilweise auf Covid-19 zurückzuführen ist, hat die Anzahl der vom KTK durchgeführten Abgleiche im Vergleich zu 2019 zugenommen. Im Gegensatz zum Vorjahr war die Erfassung von erkennungsdienstlichen Massnahmen im Laufe des Jahres etwas höher als die Löschung von Fingerabdruck- und DNA-Aufzeichnungen.

Die Zunahme der extrahierten und gespeicherten TB ist aufgrund der sich ständig ändernden Kapazitäten der digitalen Datenträger unvermeidlich. Die Vor-Visualisierung vor Ort bei Hausdurchsuchungen und bei der Sortierung der zu analysierenden Elemente hilft, diese Zunahme, die sonst noch stärker wäre, einzudämmen.

2.3.5 Personalmanagement

	2019	2020
Debriefer bei der Kantonspolizei	6	6
Debriefings/Defusings	48	63
Im Dienst verletzte Beamtinnen/Beamte	35	25
Verletzungen, die zu Abwesenheitstagen geführt haben	8	5
Abwesenheitstage (Arbeitsunfall)*	730	175

	2019	2020
Anwesenheitsquote	94 %	95 %
Anzahl Mitarbeitende in Teilzeitanstellung	118	125

* Im Jahr 2019 häuften 2 Beamte allein 387 Abwesenheitstage an. Zudem verstärkte die Covid-19-Situation den Rückgang der Absenzen dadurch, dass einige Weiterbildungen abgesagt oder verschoben wurden.

Im Jahr 2020 hatte die Zelle «Polcare» mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonspolizei zahlreiche Kontakte und Gespräche wegen verschiedener beruflicher und privater Probleme. Einige Personen waren bei ihrer Wiedereingliederung in die Arbeitswelt auf die Unterstützung der IV und des Espace Gesundheit-Soziales angewiesen.

Die Debriefer der Kantonspolizei wurden 63 Mal angefordert, um Polizistinnen und Polizisten, die mit einer besonders schwierigen Situation konfrontiert waren (tödliche Unfälle, Selbstmord, Leichenhebungen usw.), die nötige Unterstützung zu bieten.

Für Aspirantinnen und Aspiranten, Beamtinnen und Beamte der Kantonspolizei sowie andere Staatsdienste wurden Kurse in Polizeipsychologie und Konfliktmanagement durchgeführt.

Der Verantwortliche der Zelle hat an zahlreichen Sitzungen und Versammlungen der verschiedenen Kommissionen teilgenommen.

2.3.5.1 Teilzeitarbeit der Kader – Testphase

Der Stab der Kantonspolizei hat grünes Licht gegeben für eine Testphase der Teilzeitarbeit mit einem Pensum von 80 % für Kaderleute der Stufen I und II mit oder ohne Personalführung. So konnten mehrere Kaderleute, die an einer Reduzierung ihres Beschäftigungsgrades interessiert waren, von dieser Testphase profitieren, die bis Ende Dezember 2020 lief.

Auf der Grundlage der positiven Schlussfolgerungen und im Rahmen der Weiterentwicklung einer modernen Kantonspolizei hat die SJD die Einführung von Teilzeitarbeit für Kaderleute der Stufen I und II mit oder ohne Personalführung ab dem 1. Januar 2021 bestätigt.

2.3.5.2 Zeremonie der Zertifikatsübergabe Pol SiAss SPI

Mit der Einführung des Gesamtausbildungskonzepts 2020 und einem neuen Prüfungssystem ab 2019 erhalten Zertifizierungen, Diplome und Bescheinigungen eine neue Form und werden nun vom Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) ausgestellt. Als Folge davon hat das SPI ein Verfahren zur Anerkennung bestehender Diplome eingerichtet.

Am 15. Januar 2020 überreichte der Kommandant der Kantonspolizei den Hostessen, dem Chef-Gefangenenbegleiter und seinem Stellvertreter und den Gefangenenbegleitern in einer Zeremonie in unserem Gebäude in Granges-Paccot 21 Zertifikate für Polizeiliche Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten des SPI.

Diese Zeremonie der Zertifikatsübergabe sollte auch ein Zeichen der Anerkennung für den täglichen Einsatz und die geleistete Arbeit in den letzten Jahren und für die kommenden Jahre sein.

2.3.6 Ausbildungen

2.3.6.1 IPAZ

Das Jahr 2020 sollte ein Wendepunkt in der polizeilichen Grundausbildung sein, die von einem Jahr auf zwei Jahre übergehen sollte. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde dieses Konzept auf das Jahr 2021 verschoben und die Aspirantinnen und Aspiranten der Schule Granges-Paccot, wie auch die der verschiedenen Schweizer Ausbildungszentren, erhielten ihre Ausbildung wieder im ursprünglichen 12-Monats-Format. In ihrem Anfangsstadium erforderte die Gesundheitskrise eine grosse und sofortige Mobilisierung. Um die eingerichtete Struktur zu stärken, wurden die Aspirantinnen und Aspiranten für mehrere Wochen verschiedenen Einheiten der Pandemiebekämpfung zugeteilt (Stäbe, Hotlines, Transport, Kommunikation, Logistik). Von den 25 Aspirantinnen und Aspiranten, die zu Beginn des Jahres anwesend waren, legten schliesslich 22 die Prüfungen für den Fachausweis Polizist/Polizistin ab.

2.3.6.2 Weiterbildungen

Infolge der Pandemie wurde das Angebot an Weiterbildungen auf das notwendige Minimum reduziert. Es wurden nur jene Ausbildungen im Sicherheitsbereich beibehalten, die für den reibungslosen Betrieb der Einrichtung unerlässlich sind, hauptsächlich solche für der Mitarbeitende, die dem operativen Bereich zugeteilt sind.

	2019	2020
Weiterbildungen im Ordnungsdienst	8	0
davon Ordnungsdienst GMO (Groupe de maintien de l'ordre romand)	7	0
Höhere Diplomstudiengänge mit einem CAS-Abschluss am Arbeitsplatz (2019 beendet)	6	5
Weiterbildungen des Schweizerischen Polizeiinstituts SPI	29	8
Weiterbildungen für Mitarbeitende im Sicherheitsbereich (in Stunden pro Beamtin/Beamten/Jahr)	24	4
Weiterbildungen für Partner		
Anzahl organisierter Module	32	24
davon Module für die Gemeindepolizeikorps	7	2
Anzahl ausgebildete Personen	583	264
davon Beamtinnen/Beamte der Gemeindepolizeikorps	101	20

2.3.6.3 «Vielfalt respektieren und leben»

Es fanden mehrere Ausbildungen für Aspirantinnen und Aspiranten zu den Themen Wahrnehmung, Stereotype und Vorurteile statt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Kommunikation im Kontext der Vielfalt. Ein Treffen mit Flüchtlingen musste jedoch aufgrund von Einschränkungen durch Covid-19 abgesagt werden.

Auch mittlere Kaderleute profitierten von einer Weiterbildung zum Thema Vorurteile, die in Partnerschaft mit der Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten und für Rassismusprävention durchgeführt wurde.

2.3.6.4 Ausbildung von Partnern

Auch das Angebot an Ausbildungen für Partner der Kantonspolizei wurde reduziert. Die notwendigen Ausbildungen, die unter Einhaltung der Schutzmassnahmen durchgeführt werden konnten, wurden beibehalten.

2.3.6.5 «Formation judiciaire romande»

Die «Formation judiciaire romande (FJR)» für Inspektorinnen und Inspektoren der Westschweizer Polizeikorps konnte unter Einhaltung der gesundheitlichen Massnahmen und aufgrund der logistischen Möglichkeiten, die das Gebäude MAD 3 bietet, beibehalten werden.

2.3.7 Informatik und Telekommunikation

Im Jahr 2020 lag das Hauptaugenmerk in Sachen Informatik und Telekommunikation auf folgenden Themen:

- Zentrales Informationssystem Zephyr:
  - Parametrierung und Optimierung von Verarbeitungsprozessen für den Abruf von elektronischen Anwendungen via XML;
  - Aufrüstung der Infrastruktur, Austausch von physischen Servern und Datenbanken;
  - Automatisierung und Parametrierung verschiedener Schnittstellen;
- Aufrüstung der Infrastruktur, Austausch der physischen Server und der Internet-Software;
- Aufrüstung des Firewall-Systems für die Infrastruktur;
- Migration, Update und Installation von Software auf den Computern;
- Installation des Video-Konferenz-Systems auf den Computern;
- Inbetriebnahme und Optimierung der Tools für die Telearbeit;
- Migration und Update der verschiedenen Komponenten der Telefonzentrale 117 bei der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ);
- Wartung und Betrieb des POLYCOM-Funknetzes;

> Technische Unterstützung für das KFO im Zusammenhang mit der Pandemie.

2.3.8 Logistik und Infrastrukturen

2.3.8.1 Fahrzeuge

	2019	2020
Personenwagen	231	230
davon elektrisch/mit Gas	3	3
davon Hybrid	14	14
Motorräder	11	11
Schiffe	4	4
Elektrische Fahrräder	18	22

Bestellung eines neuen Bootes für die Seepolizei

Nach einer öffentlichen Ausschreibung im Jahr 2019 schlug die Kantonspolizei dem Staatsrat vor, den Auftrag an die Firma Shiptec AG in Luzern zu vergeben. Nach einer Beschwerde, die später zurückgezogen wurde, konnte das Projekt mit dreimonatiger Verspätung starten. Nach mehreren Arbeitssitzungen zur Verfeinerung des Projekts wurde der Vertrag am 14. Dezember 2020 für die Lieferung im Frühjahr 2022 unterzeichnet.

2.3.8.2 Infrastrukturen

Es wurden 56 mittlere und grosse Projekte realisiert und für die 43 von der Polizei genutzten Gebäude wurden 46 Arbeitsaufträge bei den Handwerkern des Staates in Auftrag gegeben. Über 1400 verschiedene Arbeiten (Auffrischungen, Unterhalt, Malerarbeiten, Böden, Pannen usw.) wurden durchgeführt.

Wichtigste Projekte:

> Sanierung des Schliesssystems der Kantonspolizei;
> Sanierung des Hauptfahrstuhls des Bapol;
> Sanierung des Dachrandes der Fahrzeugeinstellhalle am Chemin de la Madeleine 10 in Granges-Paccot;
> Umstellung der Küche des MAD 3 von Regeneration auf Produktion;
> Umstellung der Videoüberwachung auf dem Posten Freiburg von analog auf digital;
> Modernisierung der Einbruchmeldeanlagen in den Gebäuden MAD 8, EZG Nord, EZG Süd, Posten Freiburg.

2.3.8.3 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung (BAB)

Verwaltung des persönlichen und kollektiven Materials sowie der Bewaffnung für das gesamte Personal der Kantonspolizei.

> Validierung der neuen persönlichen schusssicheren Weste, Prototyp Mitte-November 2020;
> Erwerb von 3 Geräten für die Desinfektion von Fahrzeugen, Räumlichkeiten usw.;
> Validierung der Daunenjacke UNIMATOS, Erwerb via jährliche Bestellung 2020.

Logistik-Kommission

Die Logistik-Kommission steht unter dem Vorsitz des Chefs der Stabsdienste und setzt sich aus 13 Mitgliedern aus allen Diensten der Kantonspolizei zusammen. 2020 traf sie sich dreimal. Ihr Ziel ist es, die Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer in Bezug auf Ausrüstung, Waffen, Fahrzeuge usw. zu erfüllen. Sie bearbeitet derzeit 21 Projekte und hat bis heute auch 21 Projekte abgeschlossen.

Das Vidocq

Mitte August 2020 wechselte das Restaurant im Verwaltungsgebäude der Kantonspolizei den Betreiber. Aus wirtschaftlichen Gründen hat die Eldora SA beschlossen, ihre Aktivitäten einzustellen. Als Ersatz wurde die Idee einer Partnerschaft mit einer Ausbildungseinrichtung des Kantons Freiburg gewählt. Es war ORS, die die Herausforderung annahm. Das Personal des Vidocq besteht aus einem Chefkoch und einer «Cheffe de rang». Diese beiden Personen sind für die Ausbildung von 2 Küchenhelfern und 2 Logistikassistenten zuständig, die eine 2-jährige

Ausbildung absolvieren, an deren Ende sie ein eidgenössisches Berufsattest (EBA) erhalten sollen. Alle Partner, die an diesem für die Schweiz einmaligen Projekt beteiligt sind, sind derzeit rundum zufrieden. Neben dem Personal der Kantonspolizei bietet das Restaurant vielen Menschen am Standort Granges-Paccot, die im Rahmen der Covid-19-Pandemie im Einsatz stehen, eine Verpflegung an. Seit Mitte August haben der Küchenchef und sein Team nicht weniger als 7500 Mahlzeiten angeboten.

2.4 Entwicklungsbereich

2.4.1 Ausbildung

2.4.1.1 Ausbildung von Partnern

Aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) am 1. Januar 2020 wurde ein Ausbildungsprojekt für die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung des Amtes für den Arbeitsmarkt (AMA) entwickelt. Es hat Ende Jahr begonnen und wird 2021 fortgesetzt. Behandelt werden Sicherheits-, Rechts- und Verwaltungsfragen.

2.4.2 Berufliche Weiterentwicklung

Trotz der Einschränkungen durch Covid-19 wurden alle Kaderleute in der Anwendung des neuen Prozesses und Formulars zur Beurteilung und Entwicklung geschult. Auswahlverfahren für Mitarbeitende und Kaderleute, die in einen Pool zur Übernahme neuer Funktionen und Verantwortlichkeiten aufgenommen werden sollen, wurden erfolgreich abgeschlossen. Dies geschah insbesondere mit der Schaffung eines neuen Pools der Stufe III, dem Offiziersrang, mit dem die Nachfolge unserer höheren Kaderleute vorbereitet werden soll.

2021 werden wir in der Lage sein, thematische Kurse in Form von Workshops anzubieten, um die Entwicklung von transversalen Kompetenzen von Mitarbeitenden und Kaderleuten zu unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Förderung der Zweisprachigkeit innerhalb unserer Struktur und der Karriere der Frauen gelegt.

2.4.3 Digitale Nachforschung

Das Projekt zur Erneuerung der Infrastruktur wurde im Jahr 2019 gestartet. Die Inbetriebnahme der ersten Phase begann 2020 und wird 2021 fortgesetzt, wobei das Projekt 2022 abgeschlossen sein wird.

2.4.4 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Mit den Änderungen des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) gelten die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung des AMA neu als Beamtinnen und Beamte der Gerichtspolizei. Um die Konturen der Zusammenarbeit zwischen Polizei und AMA zu definieren, wurde eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Diensten unterzeichnet. Die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung werden auch an Ausbildungsmodulen teilnehmen, die von Ausbilderinnen und Ausbildern der Polizei erteilt werden, um sicherzustellen, dass sie die erforderlichen Fähigkeiten für ihre neuen Aufgaben erlernen.

2.4.5 Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Das Jahr 2020, das von der Gesundheitskrise geprägt war, hatte auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskriminalität. Tatsächlich konnten die von der Covid-19-Krise betroffenen Unternehmen vom Bund garantierte Übergangskredite in Anspruch nehmen. Mehrere Kreditanträge wurden Gegenstand einer Anzeige, insbesondere wegen der Verwendung des Kredits, die nicht den Vertragsbedingungen der Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung entsprachen (Covid-19-SBüV).

Eine Zunahme der Betrugsdelikte des Typs «Wash-Wash» und «Marabout» wurde 2020 ebenfalls festgestellt.

2.4.6 Bekämpfung der digitalen Kriminalität

Die Anzeigen im Bereich der digitalen Kriminalität nehmen wieder zu. Die Gesundheitskrise ist eine der Ursachen.

Die Hauptphänomene sind nach wie vor Betrugsdelikte im Bereich Kleinanzeigen, Geldwäscherei, «Romance Scam» und Anlagebetrug.

Seit November 2019 werden alle Fälle in Freiburg in der Datenbank «Plateforme d'Information de la Criminalité Sérielle en Ligne (PICSEL)». Diese ermöglicht den Zugriff auf Ermittlungsdaten aus anderen Kantonen und das Erkennen von Serien.

Das Tool ist sehr effizient in Bezug auf die verfügbaren Daten und ermöglicht bei Ermittlungen oft eine erhebliche Zeitersparnis (z. B. bereits bekannte IBAN-Nummern, sichtbare Verknüpfungen mit anderen Fällen usw.).

3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

Amtsvorsteher: Christophe Bifrare

3.1 Bevölkerungsschutz

3.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Bereich Bevölkerungsschutz hat an verschiedenen Sitzungen und Arbeitsgruppen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), des Bundesamtes für Energie (BFE), des Bundesamtes für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL), der MeteoSchweiz, der Nationalen Alarmzentrale (NAZ), der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit, im Rahmen der Koordinationsplattform ABC der Kantone (KPABC), sowie an verschiedenen lateinischen Bevölkerungsschutzkonferenzen teilgenommen.

Wie seit einigen Jahren üblich hat der Bevölkerungsschutz der Kantone Freiburg und Neuenburg den Groupe E getroffen, um sich über gemeinsame Massnahmen zur ausserordentlichen Bewältigung der Stromversorgung auszutauschen.

Da die halbjährlichen Koordinationstreffen zwischen der Einsatzzentrale (EAZ) der Kantonspolizei, der Sanitätsnotrufzentrale (SNZ144) und dem Bevölkerungsschutz ihre Notwendigkeit und ihre Vorteile bewiesen haben, wurden sie auch dieses Jahr fortgesetzt.

Nach dem Beispiel der Organisation auf der Ebene des Bundes und der lateinischen Schweiz hat der Bevölkerungsschutz beschlossen, eine kantonale ABC-Plattform mit allen Akteuren der Bereiche atomar, biologisch und chemisch einzurichten. Während einer Pilotphase von zwei Jahren hat sie zum Ziel, die Zusammenarbeit zu verstärken und die Kenntnisse zu verbessern. Nächstes Jahr wird Bilanz über ihre Relevanz und ihren Mehrwert gezogen.

Da die Pandemie Covid-19 zahlreiche Ressourcen mobilisierte, konnte die Revision des kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz (BevSG) nicht so rasch wie gewünscht vorangetrieben werden. Sein Inkrafttreten wurde auf Januar 2022 verschoben.

Im Rahmen des vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) initiierten Projekts «Schutz kritischer Infrastrukturen» (SKI) wurden die Erhebung der kritischen Infrastrukturen sowie die Redaktion der Objektdossiers mit den Betreibern weitergeführt.

Da die GAFRI-Kommunikationsserver das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben, wurden sie in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, dem GAFRI-Lieferanten (Techwan SA) und dem Bevölkerungsschutz vom ITA ersetzt. Gleichzeitig hat das ITA die Arbeitsoberfläche geändert, in der die GAFRI-Daten verwaltet werden. Alle anderen GAFRI-Verbesserungsprojekte wurden jedoch ausgesetzt, bis die neuen Server in Betrieb genommen werden; sie werden Anfang 2021 wieder anlaufen.

Um den technischen Anforderungen der Swisscom gerecht zu werden, wurde unter der Koordination des ITA in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der Sanitätsnotrufzentrale 144 an der Anpassung des GAFRI-Mobilisierungssystems gearbeitet.

Um die Übermittlung im Katastrophenfall sicherzustellen hat der Bevölkerungsschutz POLYCOM-Ausbildungen für seine Partner organisiert. Diese wurden vom ZSAZ erteilt.

Nachdem eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Freiburgischen Amateurfunkern unterzeichnet wurde, haben diese, gestützt auf eine mit allen Partnern des Bevölkerungsschutzes erstellte Standortplanung, den Aufbau dieses Netzes weitergeführt sowie fixe Ausrüstungen in den KP des kantonalen Führungsorgans (KFO) installiert.

Auf Anweisung des Bundes hat der Bevölkerungsschutz mit POLYCOM eine redundante Verbindung zu den Staudammbetreibern (Groupe E SA und Hydro Exploitation SA) aufgebaut, deren Staudämme bei einem Bruch einen Teil des Kantons überfluten würden. Auch bei einem Ausfall der üblichen telefonischen Kommunikationsmittel ist eine Verbindung mit der EAZ gewährleistet. Diese Verbindungen wurden am 26. November getestet, was von nun an mindestens einmal pro Jahr wiederholt wird.

Da das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) neue Weisungen an die Kantone bezüglich der wirtschaftlichen Landesversorgung erlassen hat, wurden deren gegenwärtige Auswirkungen analysiert und zur Kenntnisnahme an den Staatsrat weitergeleitet.

In Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz wurde ein Social-Media-Team eingerichtet, um die Informationsstelle des kantonalen Führungsorgans im Bereich der sozialen Medien zu verstärken.

Um den Hauswart des ACC im Falle einer Besetzung durch das kantonale Führungsorgan zu unterstützen oder gar zu ersetzen, wurde ein Anlagewartdetachement mit Mitgliedern des Zivilschutzes aufgestellt und in den Besonderheiten der Anlage geschult.

Da der Bevölkerungsschutz schon seit vielen Jahren offizielle Unwetterwarnungen des Bundes (WARN-Meldungen) an seine Partner übermittelt, wurde beschlossen, diese Verteilung auch auf Betreiber kritischer Infrastrukturen, die dies wünschen, auszuweiten.

Im Jahr 2014 wurde eine Vereinbarung mit dem ITA unterzeichnet, um das kantonale Führungsorgan unabhängig von Uhrzeit und Wochentag seines Einsatzes zu unterstützen. Obwohl die Vereinbarung während des KFO-Einsatzes Covid-19 zufriedenstellend angewendet werden konnte, wurde festgestellt, dass Anpassungen notwendig waren. Die Vereinbarung wird deshalb überarbeitet.

Auf Anregung und in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes hat das Amt für Wald und Natur ein Informationsblatt für den Fall eines Waldbrandverbots erstellt. Dies erläutert visuell, was bei den verschiedenen Verbots- bzw. Gefährdungsgraden erlaubt bzw. verboten ist.

3.1.1.1 Übungen

Wegen der Pandemie Covid-19 wurden alle 2020 vorgesehenen Übungen entweder gestrichen oder verschoben. Die Vorbereitungsarbeiten wurden hingegen fortgesetzt, namentlich jene zur vorgesehenen Übung, die gleichzeitig das KFS Neuenburg, das KFO Freiburg und die Krisenzelle von Groupe E beüben soll.

3.1.1.2 Kantonales Führungsorgan

Das Jahr 2020 war von der Pandemie Covid-19 geprägt, die das Aufgebot des KFO erforderte. Dieses wurde zweimal eingesetzt, zuerst vom 13. März bis am 30. Juni, und ab dem 28. Oktober zur Bewältigung der zweiten Welle.

Das KFO hat 2020 drei ordentliche Sitzungen abgehalten.

Im Jahr 2020 haben folgende Personalmutationen stattgefunden:

> Ernennung eines neuen Chefs KFO, nach der Pensionierung des Vorgängers.
> Ernennung zweier Chefinnen Gesundheit, welche dann durch die Ernennung eines anderen Chefs Gesundheit abgelöst wurden.
> Ernennung eines zusätzlichen stellvertretenden Chefs Gesundheit.
> Rücktritt des stellvertretenden Chefs KFO.
> Rücktritt der stellvertretenden Chefin der Info-Zelle.
> Ernennung eines neuen Chefs Zivilschutz, da der Vorgänger zum Chef KFO ernannt wurde.

Zudem waren bei den KFO-Spezialisten zahlreiche Abgänge, Ersetzungen und Neueinteilungen zu verzeichnen. Die Spezialisten verstärken das KFO mit ihrem Fachwissen.

Auf Entscheid des Chefs KFO wurde die Organisation der Nachrichtenzelle (Na-Zelle) des KFO vollständig überarbeitet, so wurde u. a. die von externen Freiwilligen sichergestellte Funktion des Nachrichtenoffiziers aufgegeben.

Die KFO-Spezialisten wurden am 30. September zum Jahresrapport eingeladen. Zudem konnten sie an Ausbildungsmodulen teilnehmen, welche von einem Instruktor des BABS angeboten wurden. Schwerpunkte der Ausbildungswoche waren Führungsaufgaben und das Erstellen von Produkten für das KFO.

3.1.1.3 Gemeindeführungsorgane

Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren hat der Bevölkerungsschutz dieses Jahr darauf verzichtet, die GFO-Chefs zu einem Jahresrapport zu versammeln, da sich diese Veranstaltung angesichts des Vorankommens der BevSG-Arbeiten als unnötig erwies.

3.1.1.4 Einsatzpläne

Folgende Einsatzpläne wurden erstellt und vom KFO genehmigt:

> Einsatzplan «Massendekontamination»;
> StFV-Einsatzpläne für die Unternehmen Aldi und Extramet, als Ergänzung zu den Einsatzplänen, welche das Unternehmen für die Feuerwehr erstellt;
> Einsatzplan «Versorgungskrisen», der nicht die Versorgung als solches regelt, sondern die Konsequenzen einer solche Lage;
> Einsatzplan «Massenunterbringung», der den Kanton darauf vorbereitet, die Bevölkerung anderer katastrophengeschädigter Kantone bis zum Gegenwert von 5 % der eigenen Bevölkerung aufzunehmen und unterzubringen (gem. Bundesrichtlinien).

Um sich die Leistungen einiger Akteure des Einsatzplanes «Massenunterbringung» zu sichern, wurde eine Vereinbarung mit dem Freiburgischen Roten Kreuz unterzeichnet. Vereinbarungen mit weiteren in diesem Plan vorgesehenen spezialisierten Hilfe- und Wohltätigkeitorganisationen sind in Vorbereitung.

Folgende Einsatzpläne wurden aktualisiert:

> Ausbreitung radioaktiver Stoffe in Fliessgewässern;
> Wasseralarm.

Auf Antrag des KFO hat der Bevölkerungsschutz mit den notwendigen Partnern, u. a. jenen der Nachbarkantone, die Erarbeitung verschiedener Einsatzpläne aufgenommen bzw. weitergeführt:

> «LAGO TRE» zur Bewältigung eines Grossunfalls (Plan ORANGE) auf den drei Seen;
> StFV-Einsatzplan für das Unternehmen TPF SA in Givisiez;
> Konzept zum Aufbau von Notfalltreffpunkte (NTP) im ganzen Kanton, an denen die Bevölkerung im Falle eines Ausfalles der Informations- und Kommunikationsmittel Informationen finden und Notfälle melden kann.

3.2 Zivilschutz

3.2.1 Operationen

3.2.1.1 Organisation

Anfang 2020 hat der Bataillonsstab ein Befehlsdossier erstellt, welches die verschiedenen Einsätze und Wiederholungskurse, die im laufenden Jahr stattfinden sollten, beinhaltet. Dieses Befehlsdossier dient als Richtlinie für alle Einsätze des Zivilschutzes in den Bereichen Personal, Operationen, Logistik, Führungsunterstützung sowie Ausbildung. Jeder Kompaniekommandant wird dahingehend instruiert, dass er über die Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft, die Wiederholungskurse 2020 sowie die Rechte und Pflichten der Einzelnen orientiert ist. Während des Jahres 2020 konnten die Stabsprozesse und die Einsatzführung anlässlich der diversen Covid-19-Einsätze unablässig angewendet werden.

3.2.1.2 Wiederholungskurse

Im Verlauf des vergangenen Jahres musste die gesamte Planung überholt werden. Wir waren gezwungen, ab März 2020 fast alle Wiederholungskurse, Arbeiten zu Gunsten der Gemeinschaft und anderen Einsätze zu annullieren, um den im Kampf gegen Covid-19 verantwortlichen kantonalen Instanzen zur Verfügung zu stehen.

Von Januar bis Anfang März 2020 fanden acht Truppendienste statt (Wiederholungskurs, Ausbildung usw.). Anlässlich dieser Kurse wurde der Zivilschutz mittels einer Instruktion durch das BABS insbesondere im Bereich Lage ausgebildet. Dazu wurden für die Kompanien Mitte und Süd zwei Unterstützungsrapporte der Einheiten (URE) organisiert, um die 2020 geplanten Wiederholungskurse vorzubereiten. Wie oben erwähnt wurden sie schliesslich annulliert.

Ab Mitte März wurde der Zivilschutz mit einem Generalaufgebot für den Kanton im Kampf gegen Covid-19 eingesetzt. Es war das erste Mal, dass der gesamte Freiburger Zivilschutz für eine längere Dauer mobilisiert wurde.

3.2.1.3 Einsätze

Es fanden wiederum diverse Einsätze zur Unterstützung der Gemeinschaft sowie der Partner des Bevölkerungsschutzes statt. Die Dienste wurden insbesondere bei Veranstaltungen wie den FIS-Rennen in Adelboden, dem Zähringer Narrentreffen in Freiburg und dem FIS-Europacuprennen in Jaun geleistet. Nebst diesen Veranstaltungen wurde der Zivilschutz auch beim Umzug des Dokumentenbestandes der KUB sowie beim jährlichen Sirenentest eingesetzt (siehe Punkt 3.2.4 *Sirenen*).

Für den Rest des Jahres war der Freiburger Zivilschutz hauptsächlich in der Katastrophenhilfe aktiv. Die Einsätze fanden in zwei unterschiedlichen Phasen statt, während derer die Partner des Bevölkerungsschutzes die Truppen zum Dienst anforderten. Die erste Phase (Covid-19-UNO) dauerte von März bis Juni. Während dieses Zeitraums waren die Dienstleistungen allgemeiner Natur und reichten von der Lieferung von Sanitärmaterial an verschiedene Begünstigte bis zur Unterstützung von Institutionen wie Passe-Partout. Die zweite Phase (Covid-19-DUE) begann im September mit der Unterstützung der Pflegeheime von Bulle und Siviriez und endete Ende im Dezember mit der allgemeinen Unterstützung gefährdeter Institutionen (insbesondere Pflegeheime) sowie der Unterstützung der Führung der Gesundheits-Task Force. Der Zivilschutz war auch für die Koordinierung und Führung des Einsatzes aller eingesetzten Reserven verantwortlich. Insgesamt wurden im Jahr 2020 bei den verschiedenen oben genannten Einsätzen (ohne Grundausbildung) 31 546 Diensttage geleistet, davon 28 504 ausschliesslich im Zusammenhang mit der Pandemie.

3.2.2 Ausbildung

3.2.2.1 Organisation

Das Ausbildungszentrum für den Zivilschutz in Sugiez (ZSAZ) bildet Kader, Spezialisten und Schutzdienstpflichtige aus (kantonale und interkantonale Kurse sowie neuerdings für das BABS). Zudem werden Kurse für die Gemeindeführungsorgane organisiert. Diese werden im Zentrum in Sugiez oder vor Ort in den Gemeinden durchgeführt.

3.2.2.2 Auslastung

Anzahl Diensttage	**2019**	**2020**
Ausbildungsschulen	2700	1310
Interkantonale Kaderkurse	356	120
Wiederholungskurse	494	85
Andere (ASTAG, BABS, Polizei usw.)	1649	1014
Total	5199	2529

Teilnehmer von Ausbildungsschulen in Sugiez	**2019**	**2020**
Betreuer	53 (davon 3 JU)	45 (davon 3 JU)

Teilnehmer von Ausbildungsschulen in Sugiez	2019	2020
Pionier	43 (davon 3 JU)	36 (davon 3 JU)
Fahrhilfen	-	12
Stabsmitarbeiter	62	-
Anlagewart	13 (davon 2 JU)	19
Materialwart	11 (davon 3 JU)	17 (davon 3 JU)
Koch	7 (davon 1 NE)	5 (davon 2 NE)
Kp Kdt GTIR	7 (davon 3 FR)	-
Zugführer	12	8
Gruppenführer Unterstützung, Betreuung, Verkehrsregelung	30	28
Fahrer	17	-
Total	255	170

Interkantonale Kurse für Kader und Spezialisten sowie eidgenössische Kurse

Funktion	Ausbildungszentrum	Teilnehmer 2019	Teilnehmer 2020
Zugführer (f)	Couvet	1	-
Zugführer (d)	Spiez	4	-
Feldweibel (f)	Grône	3	-
Fourier (f)	Gollion	3	-
KGS-Spezialist (d)	Schliern	1	-
KGS-Spezialist (f)	Couvet, Grône	5	-
Küchenchef (d)	Sempach	1	-
Gruppenführer (d)	Spiez	3	-
Gruppenführer Unterstützung (f)	Gollion	1	-
Kp Kdt	Grône	-	3
Zugführer (d)	Spiez	-	1
Zugführer (f)	Bernex	-	1
KGS-Spezialist (f)	Bernex	-	2
Kurse für Kader und Spezialisten / BABS (f/d)	Schwarzenburg	29	17
Kurse für Ausbildungspersonal / BABS (f/d)	Schwarzenburg	3	4
MIKA-Kurse für Stabsoffiziere und Kp Kdt (f/d)	Luzern	2	-
Total		**56**	**28**

3.2.3 Support

3.2.3.1 Verwaltung und Informatik

Die zentrale Informatikplattform PISA wird nun in allen Kantonen eingesetzt. Der gesamte Datenaustausch geschieht online. Für eine einfachere Pflege der Adressdaten ist das System mit der kantonalen Einwohnerdatenbank FriPers verbunden.

Der Kanton Freiburg vertritt die lateinische Schweiz in der nationalen «Fachgruppe PISA-Zivilschutz». Diese Arbeitsgruppe hat zum Ziel, die Anwendung ständig zu verbessern und weiterzuentwickeln.

3.2.3.2 Disziplinarwesen

Disziplinarfälle	2019	2020
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:	8	2

Disziplinarfälle	2019	2020
Verwarnung (leichte Fälle)	4	1
Überweisung wegen Zuwiderhandlung gegen das Bundesgesetz:	62	34

3.2.3.3 Rekrutierung

Rekrutierung 2020

Rekrutierungs-zentrum	Stabs-mitarbeiter	Betreuer	Pionier	Anlagewart	Materialwart	Koch	Total
Payerne (f)	13	17	9	6	4	1	50
Sumiswald (d)	10	12	11	4	1	3	41
Total	**23**	**29**	**20**	**10**	**5**	**4**	**91**
2019	32	39	60	16	5	5	157

3.2.4 Bauten

Unterhalt der Schutzanlagen

Aufgrund von eingereichten Belegen wurde bestimmten Gemeinden die Bewilligung erteilt, Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen über den Ersatzbeitragsfond zu finanzieren.

Im Jahr 2020 waren fünf periodische Anlagekontrollen (PAK) geplant. Diese konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden und wurden entsprechend auf 2021 verschoben.

Sirenen

Der jährliche Sirenentest im Februar wurde durchgeführt und die erforderlichen Korrekturmassnahmen wurden umgehend vorgenommen (2 von 259 Sirenen wiesen Mängel auf).

Schutzbauten	2019	2020
Private Schutzräume		
Projektierte Schutzräume	**72**	**69**
Total Schutzplätze	4381	4532
in 57 Pflichtschutzräumen / in 60 Pflichtschutzräumen	2790	3680
in 12 Sammelschutzräumen / in 12 Sammelschutzräumen	1591	852
Realisierte Schutzräume	**55**	**68**
Total Schutzplätze	4042	4060
in 55 Pflichtschutzräumen / in 39 Pflichtschutzräumen	1988	2779
in 10 Sammelschutzräumen / in 11 Sammelschutzräumen	532	630
Laufende Projekte	**466**	**502**
Anzahl einkassierte Schutzplätze	2639	2561
Einkassierte Ersatzbeiträge (in Franken)	2 111 200	2 048 800
Öffentliche Schutzräume		
Realisierte Schutzräume	**5**	**3**
Anzahl realisierte Schutzplätze	1522	651

3.3 Militärverwaltung

3.3.1 Ordentliche Tätigkeit

3.3.1.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im Jahr 2020 unter den im Kanton wohnhaften Personen folgende 94 Beförderungen vorgenommen: 7 Oberste, 7 Oberstleutnants, 10 Majore, 11 Hauptleute, 16 Oberleutnants und 43 Leutnants.

3.3.1.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2020 wurden von 467 eingereichten Gesuchen 434 Dienstverschiebungen bewilligt (92,9 %) und 33 abgelehnt (7,1 %). Es wurden 11 Wiedererwägungsgesuche behandelt.

Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche	2020	2019
Lehre	5,8%	5,6%
Studium	53,7%	54,6%
Berufliche Gründe	22,1%	21,3%
Berufliche Weiterbildung	6,9%	6,2%
Auslandaufenthalt	0,7%	7,1%
Medizinische Gründe	4,1%	3,5%
Andere Gründe	6,2%	1,7%

Ausserdem, wurden 653 Dossiers, welche nicht in unserem Kompetenzbereich stehen, dem Kommando Ausbildung der Armee zur weiteren Behandlung zugestellt.

3.3.1.3 Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Subkommission	Rücktritt im Jahr 2020	Ernennungen 01.01.2021
1 FR Saane / Glane	Wm Bertrand Stocker (verstorben)	
3 FR Greyerz / Vivisbach	Stabsadj Grégory Magnin	Oberstlt i Gst Julien Grand (Präsident)
5 FR Broye	Stabsadj Christian Wagner	

Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
Jahr	Schützen	Schützen	Schützen	Schützen
2020	2470	2802	589	689
2019	6592	5363	899	1939
2018	6714	5183	842	1725

Anzahl Jungschützen

2020	350
2019	696
2018	703

3.3.1.4 Disziplinar- und Strafwesen

611 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 503 Strafverfügungen. 24 Armeeangehörige wurden wegen fünf und mehr Versäumnissen der Militärjustiz überwiesen.

53 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 1 für ein zweites Versäumnis und 1 für ein drittes Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

43 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 11 für ein zweites Versäumnis und 6 für ein drittes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 2 Stellungspflichtige für mehrfache Versäumnisse an die Militärjustiz überwiesen.

3.3.1.5 Rekrutierung

Orientierungstage

Der Kreiskommandant hat auf dem Waffenplatz Freiburg 25 Orientierungstage für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 2002 durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 940 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache und die 266 deutschsprachigen Stellungspflichtige zwischen neunzehn und fünfundzwanzig Jahren haben folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige französischer Muttersprache des Jahrgangs 2002

Jahr	1. Start (Mitte Januar)	2. Start (Ende Juni)
2021	0,1 %	9,4 %
2022	14,0 %	24,7 %
2023	17,2 %	13,5 %
2024	8,5 %	4,7 %
2025	3,1 %	2,6 %
2026	0,4 %	0,8 %
2027	0,6 %	0,4 %

Stellungspflichtige deutscher Muttersprache des Jahrgangs 2002

Jahr	1. Start (Mitte Januar)	2. Start (Ende Juni)
2021	0,4 %	8,6 %
2022	19,9 %	28,2 %
2023	21,8 %	11,3 %
2024	6,4 %	1,1 %
2025	1,5 %	0,4 %
2026	0,4 %	0 %
2027	0 %	0 %

Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2020 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Payerne (VD) und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Payerne (f)		**Sumiswald (d)**	
	2020	**2019**	**2020**	**2019**
Anzahl	726	836	257	346
Diensttaugliche	423 (58.2 %) davon 39 Durchdiener	479 (57.3 %) davon 52 Durchdiener	176 (68.5 %) davon 21 Durchdiener	232 (67.0 %) davon 36 Durchdiener
SD-taugliche	34 (4.7 %)	66 (7.9 %)	31 (12.1 %)	44 (12.7 %)
Untaugliche	106 (14.6 %)	142 (17.0 %)	29 (11.3 %)	39 (11.3 %)
Zurückgestellte zur Nachrekrutierung	57 (7.9 %)	52 (6.2 %)	13 (5.0 %)	15 (4.3 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	9 (1.2 %)	5 (0.6 %)	2 (0.8 %)	3 (0.9 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	2 (0.3 %)	5 (0.6 %)	1 (0.4 %)	0 (0 %)
Administrative Entlassungen	95 (13.1 %)	87 (10.4 %)	5 (1.9 %)	13 (3.8 %)

Waffenloser Militärdienst

2020 wurden 2 Gesuche um waffenlosen Militärdienst eingereicht.

3.3.1.6 Entlassung aus der Wehrpflicht

415 Armeeangehörige, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, nämlich nach 10 bzw. 12 Jahre nach ihrer Beförderung zum Soldaten, wurden auf den 31. Dezember 2020 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden an einem Tag in der Kaserne La Poya in Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 29 und 30 der Verordnung vom 21. November 2018 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Armeeangehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 378 bewaffneten Armeeangehörigen (Entlassungen und Abrüstung der Durchdiener) haben 54 (14,3 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Bei der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben, 30 Franken für die Pistole und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1970, die Hauptleute des Jahrganges 1978 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1984 sowie Offiziere mit Verlängerung der Militärdienstpflicht, im Gesamten 27 Offiziere, wurden am 31. Dezember 2020 aus der Wehrpflicht entlassen. Die traditionelle Zeremonie, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsidiert würde, konnte aufgrund der Gesundheitssituation leider nicht stattfinden.

3.3.1.7 Wehrpflichtersatz

Der Kanton Freiburg zählte im Jahr 2020 9688 Ersatzpflichtige (Im Vergleich zum letzten Jahr verharrte die Zahl der nicht eingeteilten Ersatzpflichtigen auf ähnlichem Niveau, während die Zahl der Militärdienstversäumer um 4 % anstieg). Das Jahr 2020 wird in Bezug auf Veranlagungen und Einnahmen ein Meilenstein in den Annalen der Wehrpflichtersatzabgabe sein, da seit 1984 (dem Zeitpunkt der ersten statistischen Erfassung) noch nie solche Zahlen erreicht wurden. Der Grund dafür ist, dass die Zustellung von Veranlagungen im Jahr 2019 aufgrund einer Panne bei der Übermittlung von Steuerdaten mit dem kantonalen Steueramt für drei Monate ausgesetzt war. Die Situation normalisierte sich im Januar 2020, sodass die Rechnungsstellung für ca. 2000 Ersatzpflichtige nachgeholt werden konnte.

Mit dem neuen Wehrpflichtersatzrecht, das auf dem WEA-Ausbildungsmodell basiert, werden Ersatzpflichtige, die die Schweizer Staatsbürgerschaft erworben und noch nicht 11 Ersatzabgaben bezahlt haben, der Zahlungspflicht erneut unterstellt, bis sie 11 Ersatzabgaben bezahlt haben, längstens jedoch bis zur Vollendung des 37. Altersjahrs (betroffene Jahrgänge: 1981 bis 1987). Diese gesetzliche Anpassung, die mehr als 400 Ersatzpflichtige betrifft, hat zu erheblichen Mehreinnahmen geführt.

779 Militärdienstpflichtige und 67 Zivildienstpflichtige wurden im Ersatzjahr 2019 wegen Nichterfüllen der Dienstpflicht der Ersatzabgabe unterstellt.

1022 Ersatzpflichtigen konnte auf Grund geleisteter Diensttage im Ersatzjahr eine Ermässigung der Ersatzabgabe gewährt werden. Die Ermässigung beträgt ein Zehntel pro 50 geleistete Militärdiensttage (75 Zivildiensttage).

1040 Ersatzpflichtigen, die im Zivilschutz Dienst geleistet haben, konnte eine Ermässigung von 4 % für im Ersatzjahr geleistete Tage gewährt werden.

Die Ersatzabgabe beträgt 3 % des steuerpflichtigen Einkommens, mindestens aber 400 Franken.
2252 Ersatzpflichtigen wurde dieser Mindestbetrag berechnet.

530 Ersatzpflichtige wurden wegen einer körperlichen, mentalen oder psychischen Beeinträchtigung, oder weil sie von der IV eine Invalidenrente erhalten, von der Zahlungspflicht befreit.

63 Ersatzpflichtige wurden von der Zahlungspflicht befreit, weil sie im Militär- oder Zivildienst Gesundheitsschäden erlitten haben.

358 doppelstaatsangehörige Ersatzpflichtige wurden auf Grund internationaler Abkommen von der Zahlungspflicht befreit.

Die Rückerstattung erfolgt, wenn die gesamte Dienstpflicht erfüllt ist. Es wurden 1070 Rückerstattungsentscheide über einen Gesamtbetrag von 495 795 Franken verfügt, also 10 % weniger als letztes Jahr.

Es wurde kein Einspracheentscheid beim Verwaltungsgericht angefochten.

Erhebung des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton

	2019	2020
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	7 128 792.85	8 233 529.10

Erhebung des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton		
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	552 255.60	495 795.05
Reinertrag	6 576 537.25	7 737 734.05
Anteil des Bundes (80%)	5 261 229.80	6 190 187.24
Anteil des Kantons (20%)	1 315 307.45	1 547 546.81
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	58 253.96	87 969.95
Verrechnete Rückzahlungszinsen	3851.00	5097.65
Rückstände	2 593 406.68	3 034 636.78
Betrag der Verlustscheine	195 938.70	192 057.95

Statistik		
	2019	**2020**
Veranlagungsverfügungen	16 117	15 557
Entscheide minimale Ersatzabgabe (Fr. 400.–)	2292	2252
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	978	1057
Annullierte Ersatzabgaben	8002.44	2526
Erlassene Ersatzabgaben	28 936.85	22 426.35
Ratenzahlungen	1022	1363
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2503	2026
Betreibungsbegehren	486	551
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1116	1070
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	871	1390

3.4 Verwaltung der Militärgebäude

3.4.1 Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

> Laufender Unterhalt an allen Gebäuden der Kaserne.

Da der Waffenplatz Freiburg bis Ende 2023 weiterhin von der Armee genutzt wird, sind diese Unterhaltsarbeiten unbedingt notwendig, um den Soldaten in Sachen Komfort einen angemessenen Standard und ein Maximum an Sicherheit bieten zu können.

4 Amt für Bevölkerung und Migration

Amtsvorsteher: Patrick Pochon

4.1 Fremdenpolizei

4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

4.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	**2020**
Niederlassungsbewilligungen	3 350	3 114
Aufenthaltsbewilligungen	4 326	4 014

	2019	2020
Kurzaufenthaltsbewilligungen	2 091	1 795
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	438	416
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	19 314	17 301

4.1.1.2 Rückreisevisa

	2019	2020
Rückreisevisa	204	249

4.1.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländerinnen und Ausländer, ohne Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

	2019	2020
Mit Niederlassungsbewilligungen	49 818	51 485
Mit Aufenthaltsbewilligungen	21 611	21 808
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen ≥12 Monate	1 945	1 796
Mit Grenzgängerbewilligungen	1 258	1 339
Total	**74 632**	**76 428**

4.1.1.4 Administrativmassnahmen

	2019	2020
Vom Amt durchgeführte Befragungen	273	165
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	62	42
Wegweisungsverfügungen (illegale Aufenthalte)	245	179
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	18	36
Verweigerung, Nichtverlängerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	54	74
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	7	7
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	26	28
Verfügungen im Bereich der unentgeltlichen Rechtpflege	3	3
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	222	116
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	133	87
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	65	20
Ausschaffung von Personen mit Landesverweisung	24	16
Per Sonderflug ausgeschaffte Personen	10	4
Überprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	32	18
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	34	28
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	20	76
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	45	49
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	68	63
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	15	6
Eingestellte Verfahren	6	5

4.1.2 Besondere Ereignisse

Die globale Gesundheitskrise im Jahr 2020 hat das Wachstum der ausländischen Bevölkerung im Kanton überhaupt nicht gebremst. Im Vergleich zum positiven Wanderungssaldo von 887 Personen Ende 2019 lag die Nettozuwanderung Ende 2020 bei 1796 Personen.

Mit den zur Eindämmung des Coronavirus getroffenen Massnahmen sind jedoch die Möglichkeiten verbindlicher Wegweisungen von ausländischen Personen aus der Schweiz stark eingeschränkt worden. Die Überstellungen von

einigen abgewiesenen Asylsuchenden in ihre Ursprungsländer bzw. andere Dublin-Staaten konnten deshalb nicht mehr durchgeführt werden bzw. wurden im Moment oder für einen längeren Zeitraum ausgesetzt. Aufgrund von Zuwiderhandlungen mussten zahlreiche Rayonverbote, vornehmlich in den Innenstädten, ausgesprochen werden, zum Ausgleich für die fehlende Möglichkeit der Wegweisung aus der Schweiz. Auch wurde eine unüblich hohe Zahl von Ausreiseanordnungen gegen straffällig gewordene EU-Bürgerinnen und -Bürger auf Durchreise erlassen (namentlich wegen Bettelei).

Im vergangenen Jahr wurden 16 Personen mit Landesverweisung ausgeschafft. 17 Personen konnten jedoch nicht mehr ausfindig gemacht werden, weil sie vor der Urteilsverkündung wieder auf freiem Fuss waren. 19 Personen hatten die Schweiz nachweislich schon verlassen, als die Landesverweisung ausgesprochen wurde.

4.2 Asylbereich

4.2.1 Ordentliche Tätigkeit

	2019	2020
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	7	10
Dem Kanton Freiburg zugeteilte Asylsuchende	331	242
Meldungen bezüglich Erwerbstätigkeit	1335	1254
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	46	44
Total der am 31. Dezember im Kanton verweilenden Asylsuchenden (ohne Asylzentrum Guglera)	249	188
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer/innen	1662	1713

4.2.2 Bundesasylzentrum Guglera in Giffers

	2019	2020
Anzahl der in der Guglera untergebrachten Personen mit Wegweisungsverfügung	566	378
Anzahl freiwilliger Ausreisen innert der 140 Tage	73	34
Anzahl Ausschaffungen unter Zwang innert der 140 Tage	46	17
Anzahl verschwundener Personen innert der 140 Tage	227	203
Anzahl Personen, die sich nach 140 Tagen in einem laufenden Verfahren befanden und dem Kanton zugewiesen wurden	54	96
Anzahl Personen, deren Wegweisung innerhalb der 140 Tage nicht möglich war und die dem Kanton zugwiesen wurden	14	33
Anzahl beherbergte Personen per 31. Dezember	152	101

4.2.3 Besondere Ereignisse

Die Bekämpfung des Coronavirus, die Grenzübertrittskontrollen und das Reiseverbot in gewissen Ländern hatten namentlich zwischen März und Juni 2020 zur Folge, dass die illegale Migration, welche den Asylbereich betrifft, massiv abgenommen hat. Man muss bis ins Jahr 2007 zurückgehen, um einen so tiefen Wert von registrierten Asylsuchenden über den Zeitraum eines Jahres in der Schweiz zu finden, d. h. 11 041 Personen. Dadurch war auch die Zahl der Zuteilungen an den Kanton erheblich niedriger.

Im Bundesasylzentrum in der Guglera halten sich vornehmlich Asylsuchende auf, welche die Schweiz verlassen müssen. Das BMA arbeitet dabei als zuständiges Amt für die Wegweisungen eng mit dem Staatssekretariat für Migration und der Kantonspolizei zusammen. Im Vergleich zum letzten Jahr haben die im Asylzentrum geltenden Abstandsregeln sowie die wenigen Neueinreisen in die Schweiz die Anzahl der Unterbringungen weitgehend klein gehalten. Die infolge der Coronakrise stark reduzierten Mittel für die Gewährleistung der Rückreisen aus der Schweiz haben zu einem deutlichen Rückgang sowohl der Zahl der freiwilligen Ausreisen als auch der Zwangsausschaffungen geführt. Einzig die Anzahl der unkontrollierten Ausreisen (Untergetauchte) ist auf einem sehr hohen Niveau stabil geblieben.

4.3 Ausländische Arbeitskräfte

4.3.1 Ordentliche Tätigkeit

4.3.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2019	2020
Für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	6276	5602
Für entsandte Arbeitnehmende	5645	4250
Für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	2586	1767

4.3.1.2 Vorgängige Bewilligungen für kroatische Staatsangehörige *

	2019	2020
Jahresaufenthaltsbewilligungen	0	1
Kurzaufenthaltsbewilligungen	4	0
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	0	0

* Seit dem 1. Januar 2017 gilt für die kroatischen Staatsangehörigen die Personenfreizügigkeit in der Schweiz. Allerdings haben die kroatischen Staatsangehörigen nur dann Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt, wenn die Vorschriften über den Vorrang Schweizer Arbeitsuchender sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden und die für sie vorgesehenen Bewilligungskontingente nicht ausgeschöpft sind. Am 7. Dezember 2018 beschloss der Bundesrat, diese Übergangsfrist bis 31. Dezember 2021 zu verlängern.

4.3.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Leistungserbringer aus EU/EFTA-Staaten

	2019	2020
Jahresaufenthaltsbewilligungen	2	2
Kurzaufenthaltsbewilligungen	58	41
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	160	114

4.3.1.4 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2019	2020
Jahresaufenthaltsbewilligungen	48	44
Kurzaufenthaltsbewilligungen	42	39
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	26	39
Bewilligungen für Künstler/innen (Musiker/innen)	3	0

4.3.1.5 Andere Entscheide

	2019	2020
Verweigerungsverfügungen	32	22
Einspracheentscheide	0	0

4.3.1.6 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG können Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmender eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abgewiesen oder nur teilwiese bewilligt werden; diese Sanktion kann auch angedroht werden.

	2019	2020
Verweise	1	0
Androhungen	6	0
Suspendierungen/Verweigerungen	1	0

4.3.2 Besondere Ereignisse

Trotz des wirtschaftlichen Abschwungs infolge der coronabedingten Einschränkungen, namentlich aufgrund der Schliessung von Geschäften und Betrieben sowie der Einschränkungen beim Grenzübertritt, hat die Nachfrage der Freiburger Unternehmen nach ausländischen Fachkräften im Vergleich zu 2019 nicht abgenommen. So mussten 25 zusätzliche Einheiten von Bewilligungen für Jahresaufenthalter beim Bund beantragt werden. Die Anzahl der Anmeldungen von EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern hat hingegen im Zeitraum der Einschränkungen deutlich abgenommen. Diese Umstände haben die Betroffenen ausserdem verunsichert und viele Fragen aufgeworfen, die vom BMA beantwortet werden mussten.

4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten

4.4.1 Ordentliche Tätigkeit

4.4.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2019	2020
Biometrische ordentliche Pässe	15 685	12 008
Identitätskarten	27 037	21 812
Provisorische Pässe	344	159
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	540	393
Biometrische Ausländerausweise	11 857	12 198
Gesicherte Ausländerausweise	-	1 147
Schengen-Rückreisevisa für vorläufig aufgenommene ausländische Personen	13	7

4.4.2 Besondere Ereignisse

Die allgemeinen Einschränkungen sowie Auflagen für Auslandreisen aufgrund der Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben 2020 die Nachfrage nach der Beschaffung oder Erneuerung von Reisedokumenten oder Identitätskarten erheblich gedämpft.

Seit dem 1. November 2020 wird der Aufenthaltstitel im Kreditkartenformat mit Sicherheitsmerkmalen und Identifikatoren (Foto und Unterschrift) ausgestellt. Alle EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger werden früher oder später eine solche Karte erhalten. Künftig werden sich die Betroffenen zur Erfassung der Daten zum BMA begeben müssen, wie dies schon seit Jahren für Bürgerinnen und Bürger aus Staaten der Fall ist, mit der die Schweiz kein Freizügigkeitsabkommen abgeschlossen hat.

4.5 Registerharmonisierung

4.5.1 Ordentliche Tätigkeit

Über die Informatikplattform Fripers kann auf kantonaler Ebene in Echtzeit auf die Einwohnerdaten aller Gemeinderegister des Kantons zugegriffen werden. Für den Zugriff auf diese Daten muss über das BMA ein Bewilligungsprozess durchlaufen werden.

	2019	2020
Aktive Zugriffe insgesamt per 31.12.2020	2249	2281

5 Amt für Gewerbepolizei (GePoA)

Amtsvorsteher: Alain Maeder

5.1 Öffentliche Gaststätten

5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

5.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	2020
Patente A für das Hotelleriegewerbe	1	2
Patente B für Betriebe mit Alkohol	24	19
Patente C für einen Betrieb ohne Alkohol	2	1
Patente D für Diskotheken oder Kabaretts	0	0
Patente E für eine Hotelbar	0	1
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	7	5
Sonderpatente H	14	13
Patente I für hotelähnliche Betriebe	4	9
Patente T für Traiteure	11	7
Patente V für eine fahrende Küchen	9	8
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	252	218
Patenterneuerungen	582	541
Namensänderungen	44	38
Patenterweiterungen	36	13

5.1.1.2 Administrative Massnahmen

	2019	2020
Nicht-Erneuerungen von Patenten	13	6
Patententzüge	8	1
Patentverweigerungen	2	4

5.1.1.3 Anzahl Patente für öffentliche Gaststätten

	2019	2020
Patente A für das Hotelleriegewerbe	115	108
Patente B für Betriebe mit Alkohol	663	681
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	18	18
Patente D für Diskotheken oder Kabaretts	18	16
Zusatzpatente E für Hotelbars	13	12
Patente F für Nachtrestaurants	3	3
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	112	110
Sonderpatente H	468	472
Patente I für hotelähnliche Betriebe	120	127
Patente T für Traiteure	76	71
Patente U für Bars, die einem Prostitutions-Salon angegliedert sind	1	1
Patente V für fahrende Küchen	40	40
Total	**1647**	**1659**

5.1.1.4 Passivrauchen

	2019	2020
Bewilligte Raucherräume	71	71

5.1.1.5 Obligatorische Ausbildung

	2019	2020
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Französisch absolviert haben	95	81
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Deutsch absolviert haben	0	5
Personen, denen das Wirtefachdiplom ausgehändigt wurde	67	85

5.1.1.6 Teilausbildung

	2019	2020
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G, T oder V auf Französisch absolviert haben	12	28
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G, T oder V auf Deutsch absolviert haben	0	7
Personen, die den Test für Inhaber eines Patents G, T oder V bestanden haben	12	31
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Französisch besucht haben	15	27
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Deutsch besucht haben	16	12
Personen, die den Test über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten bestanden haben	15	37

5.2 Alkoholhaltige Getränke

5.2.1 Ordentliche Tätigkeit

5.2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	2020
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	116	88
Kioske und Tankstellenshops	7	11

5.2.1.2 Administrative Massnahmen

	2019	2020
Abgelehnte Patentanfragen	4	1

5.2.1.3 Anzahl Patente für den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken

	2019	2020
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	500	527
Kioske und Tankstellenshops	74	77

5.3 Lotterien und Kollekten

5.3.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	2020
Kleine Lotterien	40	10
Kollekten	84	79

5.4 Spielautomaten

5.4.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	2020
Geschicklichkeitsspielautomaten	317	0
Unterhaltungsapparate	70	129

5.5 Spielsalons

5.5.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	2020
Patente für Spielsalons	0	1

5.5.1.1 Anzahl Bewilligungen für Spielsalons

	2019	2020
Patente für einen Spielsalon	6	6

5.6 Prostitution

5.6.1 Ordentliche Tätigkeit

5.6.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	**2020**
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	2	2

5.6.1.2 Administrative Massnahmen

	2019	**2020**
Nichterneuerung von Bewilligungen	0	0

5.6.1.3 Anzahl Bewilligungen

	2019	**2020**
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	30	31

5.7 Gewerbe der Reisenden

5.7.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	**2020**
Bewilligungen für das Reisendengewerbe	46	16
Bewilligungen für die Tätigkeit an einem Jahrmarkt oder in einem Zirkus	3	4

5.8 Konsumkredit

5.8.1 Anzahl Bewilligungen

	2019	**2020**
Berufliche Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber	10	10

5.9 Risikoaktivitäten

5.9.1 Erteilte Bewilligungen

	2019	**2020**
Bewilligungen für das Ausführen von Risikoaktivitäten	12	10

5.10 Masse und Gewichte

5.10.1 Ordentliche Tätigkeit

5.10.1.1 Überprüfte Messgeräte

	2019	2020
Waagen für offene Verkaufsstellen	691	527
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1198	1022
Fahrzeug- und Geleisewaagen	45	66
Spezialwaagen	154	154
Automatisch funktionierende Waagen	25	19
Preisauszeichnungswaagen	133	136
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	1296	1252
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	2	2
Volumenmessanlagen für Lebensmittel	35	34
Längenmasse	1	1
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	247	226

5.10.1.2 Kontrollen von Fertigpackungen

	2019	2020
Gleiche Nennfüllmenge	191	246
Zufallspackungen	360	301

5.10.1.3 Marktüberwachung

	2019	2020
Öffentliche Verkaufsstellen	128	114

6 Amt für Justiz (AJ)

Amtsvorsteherin: Lise-Marie Graden

6.1 Tätigkeit

6.1.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt Silva Agopian-Dedeyan, Selena Assuelli, Violette Borgeaud, Jessica Boucard, Delphine Braidi, Federica Colella, Natalia Dimitriev, Thalia Durand, Laura Imhof, Chrystelle Jeanmonod, Lucie Martin, Camille Mauron, Johanna Moutou, Alison Marie Notaro, Lubna Raboud, Johanna Rusca und Aurélie Santarossa sowie Astrit Bytyqi, Raphael Casanova, Daniel de Charrière de Sévery, Guillaume Hess, Matthieu Loup, Ludovic Menoud, Tanguy Meyer, François Mooser, Tage Jonas Petersen, Mischa Poffet, Valentin Sapin, Marco Schwartz, Mathieu Singer, Jérémy Stauffacher und Rémy Terrapon.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Statistik	2019	2020
Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	25	20
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	14	9
Beschwerden und Anzeigen	14	12

Statistik	2019	2020
Befreiung vom Berufsgeheimnis	9	10
Praktikumsbewilligungen	44	42
Herabsetzung der Praktikumsdauer	4	4
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	1	-
Es waren am 31. Dezember 2020 tätig:		
Im kantonalen Register der Anwältinnen und Anwälte eingetragene Anwälte	224	235
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	5	5
Anwaltspraktikanten	159	147

6.1.2 Notariat

Die Notariatskommission hat 2020 einmal getagt und hat auf dem Zirkularweg folgende Geschäfte behandelt:

Statistik	2019	2020
Notariatspatent	1	3
Verzicht auf das Notariatspatent	1	2
Beschwerden und Anzeigen	4	3
Befreiung vom Berufsgeheimnis	5	1
Praktikumsbewilligungen	2	2
Herabsetzung der Praktikumsdauer	-	1
Streichung von Einträgen im Register der Notariatspraktikanten	**-**	**-**

Am 31. Dezember 2020 gab es 54 praktizierende Notare, wovon 11 für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehenen Höchstzahl nicht mitzählen.

6.1.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 hat das Amt für Justiz 1 677 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Kantonsgericht	-	167	167
Bezirksgericht Saane	1	512	513
Bezirksgericht Sense	-	104	104
Bezirksgericht Greyerz	2	262	264
Bezirksgericht See	-	99	99
Bezirksgericht Glane	-	79	79
Bezirksgericht Broye	1	106	107
Bezirksgericht Vivisbach	3	75	78
Friedensgerichte	3	263	266
Totaux	**10**	**1 667**	**1 677**

Im Jahr 2020 wurden 1 415 Kostenlisten von Anwälten und von Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte im Gesamtbetrag von 4 646 116 Franken bezahlt (2019: 4 523 123 Franken für 1 333 Kostenlisten).

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 ZPO kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn es die finanzielle Situation der begünstigten Person erlaubt.

Im Jahr 2020 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 478 828 Franken erzielt (2019: 391 710 Franken).

6.1.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, die seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege, sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor welcher das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 hat das Amt für Justiz 789 Entscheide betreffend die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen erhalten (2019: 749 Entscheide).

Im Jahr 2020 wurden 948 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 3 134 360 Franken bezahlt (2019: 2 924 684 Franken für 928 Kostenlisten).

6.1.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 hat das Amt für Justiz 95 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten (2019: 75 Entscheide).

Im Jahr 2020 wurden 98 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 168 882 Franken bezahlt (2019: 139 939 Franken für 101 Kostenlisten).

6.1.6 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahr 2020 wurden 12 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt, aber keine Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden.

6.1.7 Mediation

6.1.7.1 Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen

Im Jahr 2020 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafstrafsachen drei Eintragungen ins Register vorgenommen und keine Streichung vorgenommen.

Die vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren müssen der Kommission ihre Jahresstatistik einreichen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind nur die Zahlen für das Jahr 2019 bekannt, nicht jedoch jene für das Jahr 2020.

Statistik	**2018**	**2019**
	Total	**Total**
Zivilrecht:	**198**	**314**
Mediationen im Verfahren:	**41**	**65**
Allgemeine	-	-
Familienrechtliche (Paar)	19	15
Familienrechtliche (Kinder)	31	48
In Erbschaftsfällen	1	2
Private Mediationen:	**157**	**249**
Allgemeine	56	90
Familienrechtliche (Paar)	74	118
Familienrechtliche (Kinder)	23	36
in Erbschaftsfällen	4	5
Strafrecht:	**94**	**123**
Mediationen im Verfahren betreffend eine/n Erwachsene/n	8	21
Mediationen im Verfahren betreffend ein Kind (BMJ)	86	102
Ergebnisse der Mediationsverfahren 2019 :		
Zivilrechtliche Mediationen im Verfahren:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	10	16
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	10	14

Statistik	2018	2019
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	9	7
Am 31. Dezember 2019 hängige Mediationen	19	35
Private zivilrechtliche Mediationen:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	100	145
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	23	24
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	14	28
Am 31. Dezember 2019 hängige Mediationen	39	58
Strafrechtliche Mediationen:		
Abgeschlossene Mediationen (Vereinbarung)	80	61
Verbesserungen der Situation (keine Einigung)	-	**1**
Unabgeschlossene Mediationen (erfolglos)	24	28
Am 31. Dezember 2019 hängige Mediationen	40	70

6.1.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Das Büro führt im Auftrag des Jugendstrafgerichts die Mediation im Jugendstrafverfahren durch.

Es ist administrativ dem Amt für Justiz zugewiesen und wird von zwei französischsprachigen Mediatoren und einer deutschsprachigen Mediatorin gebildet.

Statistik	2019	2020
Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess):	**101**	**61**
Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer	160	71
Anzahl betroffene junge Erwachsene	20	15
Anzahl betroffene Geschädigte / betroffene Opfer	120	72
Fälle mit nur einem einzigen jugendlichen Täter	49	39
Fälle mit zwei jugendlichen Tätern	22	13
Fälle mit 3 oder mehr jugendlichen Tätern (bis 6)	30	9
Aufteilung nach Geschlecht		
Jungen	131	54
Mädchen	29	17
Aufteilung nach Sprache		
Französisch	146	64
Deutsch	14	7
Herkunft		
Stadt Freiburg	27	9
Saane-Land	46	12
Greyerz	24	18
Broye	18	6
Glane	9	8
Vivisbach	9	6
Sense	5	5
See	18	4
Andere Kantone	4	3
Andere Länder	-	-
Ausgang der Verfahren		
Abschluss einer Mediationsvereinbarung	52	53

Statistik	2019	2020
Erfolglose Mediationsverfahren	23	22
Entscheide betreffend Rückzug Anzeige	4	7
Am 31. Dezember 2020 hängige Verfahren	57	36

6.1.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen

Die Hauptaufgaben der Aufsicht betreffen die Übernahme der Stiftungsaufsicht, die jährliche Kontrolle von Geschäftsbericht und Rechnung, die Änderung von Statuten, die Prüfung von Reglementen sowie die Aufhebung, Liquidation und Löschung von Stiftungen.

Im Übrigen wurden bei der Aufsichtsbehörde zwei Beschwerden eingereicht, die dieselbe Stiftung betrafen. In der Folge eröffnete die Aufsichtsbehörde eine Untersuchung und nahm verschiedene Untersuchungshandlungen vor. Nach deren Abschluss war jedoch keine Aufsichtsmassnahme erforderlich.

Per 31. Dezember 2020 übte der Kanton die Aufsicht über 266 klassische Stiftungen mit einer Gesamtbilanzsumme von rund 1 164 Millionen Franken (per 31. Dezember 2019) aus.

Die Aufsichtsbehörde hat 2 Entscheidungen zur Übernahme der Aufsicht über neu errichtete Stiftungen getroffen. 1 Stiftung wurde aufgehoben und gelöscht.

7 Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA)

Amtsvorsteher: Xavier Orsini

7.1 Tätigkeit

7.1.1 Strafrechtliche Sanktionen

7.1.1.1 Strafen

Im Jahr 2020 haben die Freiburger Justizbehörden dem JVBHA 354 Urteile (einschliesslich Strafbefehle) für unbedingte oder teilbedingte Freiheitsstrafen (unter Berücksichtigung des unbedingten Teils) zugestellt:

Bezeichnung	2019	2020
Urteile für Strafen ≤6 Monate	346	270
Urteile für Strafen >6 Monate und ≤1 Jahr	38	41
Urteile für Strafen >1 Jahr	69	43
Total	**453**	**354**

2020 wurden dem JVBHA 34 Urteile (sämtliche Strafen) mit Bewährungshilfe und/oder Weisungen zugewiesen.

7.1.1.2 Therapeutische Massnahmen und Verwahrung

2020 wurden dem JVBHA 17 Urteile mit einer angeordneten strafrechtlichen Massnahme zugestellt:

Artikel	Bezeichnung	2019	2020
Art. 59 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Behandlung von psychischen Störungen	**3**	4
Art. 60 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Suchtbehandlung	**1**	4
Art. 61 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Massnahmen für junge Erwachsene	**0**	0
Art. 63 StGB	Ambulante Behandlung während dem Strafvollzug oder in Freiheit	**11**	9
Art. 64 StGB	Verwahrung	**0**	0
Total		**15**	**17**

Am 31. Dezember 2020 vollzogen 69 verurteilte Personen eine strafrechtliche Massnahme:

Artikel	Bezeichnung	Am 31.12.2019	Am 31.12.2020
Art. 59 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Behandlung von psychischen Störungen	**23**	23
Art. 60 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Suchtbehandlung	**14**	6
Art. 61 StGB	Stationäre therapeutische Massnahme – Massnahmen für junge Erwachsene	**2**	1
Art. 63 StGB	Ambulante Behandlung während dem Strafvollzug oder in Freiheit	**43**	37
Art. 64 StGB	Verwahrung	**2**	2
Total		**84**	**69**

7.1.1.3 Andere Massnahmen

2020 hat das JVBHA erhalten:

Bezeichnung	2019	2020
Urteile mit obligatorischer gerichtlicher Landesverweisung	57	62
Urteile mit nicht obligatorischer gerichtlicher Landesverweisung	0	0
Urteile mit ausgesprochenem Verbot	1	0
Total	**58**	**62**

7.1.2 Verschiedene administrative Leistungen

Bezeichnung	2019	2020
Vorladungen zum ordentlichen Vollzug	72	75
Vorladungen zum erleichterten Vollzug (Halbgefangenschaft)	19	15
Abtretung von Freiheitsstrafen an andere Kantone	54	42
Von anderen Kantonen abgetretene Freiheitsstrafen	32	26
Automatisiertes Fahndungssystem der Polizei (hiernach: RIPOL)	186	229
An die Polizei übertragene Mandate betreffend Vollzug von Freiheitsstrafen	13	16
Verlegungen von einer Einrichtung in eine andere	96	135
Total	**472**	**538**

7.1.3 Anzahl Vollzugstage und Insassen

Anstalt/Institution	Vollzugstage		Insassen	
	2019	2020	2019	2020
Freiburger Strafanstalt – Standort Bellechasse / FR	35 161	29 537	168	219
Freiburger Strafanstalt – Standort Zentralgefängnis / FR	4 599	3 185	353	226
Freiburger Strafanstalt – Anstalt «Les Falaises / FR»	3801	2 345	22	20
Le Tremplin «Heim Horizon», Freiburg / FR	89	0	1	0
Stiftung St. Louis, Freiburg / FR	393	413	2	2
Fondation Le Torry, Fribourg / FR	0	324	0	1
Heim Le Radeau, Orsonnens / FR	1 275	846	5	5
Horizon Sud, Marsens / FR	284	365	1	1
Anstalten Plaine de l'Orbe / VD	2 453	2 950	11	11
Gefängnis La Croisée, Orbe / VD	0	0	0	0
Gefängnis La Tuilière, Lonay / VD	588	476	8	17
Stiftung Saphir, Corcelles / VD	365	365	1	1
Stiftung Bartimée, Grandson / VD	114	888	2	4
EMS Sylvabelle SA, Provence / VD	1 380	1 024	4	3

Anstalt/Institution	Vollzugstage		Insassen	
Anstalt Simplon, Lausanne / VD	688	116	7	2
Stiftung Les Oliviers, Le Mont-sur-Lausanne / VD	277	213	1	2
Anstalt von Bellevue, Gorgier / NE	1 695	484	11	4
Heim Pernod, Boudry / NE	0	0	0	0
Fondation Ressource, La Côte-aux-Fées / NE	0	209	0	1
CAAD, Saxon / VS	1 215	1 026	4	4
Erziehungszentrum Pramont / VS	365	6	1	1
Gefängnis Champ-Dollon, Puplinge / GE	117	40	18	7
Curabilis, Puplinge / GE	1 775	1 268	10	8
Etablissement de la Brenaz, Puplinge / GE	720	1 587	3	6
Le Vallon / Vandoeuvres / GE	0	97	0	1
Justizvollzugsanstalt Hindelbank / BE	801	670	3	2
Justizvollzugsanstalt Witzwil / BE	286	184	2	2
Justizvollzugsanstalt St. Johannsen, Le Landeron / BE	835	1 098	3	3
Stiftung Terra Vecchia, Schüpfen / BE	377	365	2	1
Inselspital Bern (Bewachungsstation) / BE	247	54	19	12
Stiftung Tannenhof, Gampelen / BE	365	365	1	1
Station UPD Etoine, Bern / BE	249	29	4	1
Felber-Stiftung, Bern / BE	0	365	0	1
Haus Gilgamesch, Basel / BS	0	0	0	0
Justizvollzugsanstalt Lenzburg / AG	40	499	2	4
Realta, Cazis / GR	0	0	0	0
Justizvollzugsanstalt Pöschwies / ZH	728	552	2	2
Justizvollzugsanstalt Bostadel / ZG	129	365	1	1
Psychiatrische Dienste Thurgau, Münsterlingen / TG	171	365	1	1
Massnahmenzentrum Kalchrain, Hüttwilen / TG	268	254	1	1
Andere Kurzstrafen ausserhalb des Kantons	6 067	4 796	391	307
Total	**67 917**	**57 725**	**1 065**	**885**

7.1.4 Vom JVBHA getroffene Entscheide über den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen

Im Rahmen seiner zahlreichen Aufgaben ist das JVBHA verpflichtet, eine Vielzahl formeller Entscheide zu treffen, die entweder bei der Sicherheits- und Justizdirektion oder laut Art. 74 SMVG direkt beim Kantonsgericht angefochten werden können.

Beim Entscheid über die bedingte Entlassung einer Person, die zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe, zu einer stationären therapeutischen Massnahme oder zur Verwahrung verurteilt wurde, und in den übrigen Fällen nach Artikel 8 SMVG muss das JVBHA die beratende Kommission für die bedingte Strafentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit des Kantons Freiburg (KBSAG) zu Rate ziehen.

Folgende Entscheide wurden verfügt:

Freiheitsstrafen (GA und EM ausgenommen)	2019	2020
Gewährung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	50	39
Gewährung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	9	10
Ablehnung der bedingten Entlassung	40	34
Verlängerung der Probezeit	1	0
Abweichende Vollzugsformen (Art. 80 StGB)	1	0

Freiheitsstrafen (GA und EM ausgenommen)	2019	2020
Total	**101**	**83**

Therapeutische Massnahmen und Verwahrung	2019	2020
Gewährung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme (Art. 59 StGB)	1	3
Ablehnung der bedingten Entlassung und der Aufhebung einer Massnahme (Art. 59 StGB)	15	14
Aufhebung einer Massnahme (Art. 59 StGB)	1	1
Gewährung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme (Art. 60 StGB)	1	3
Ablehnung der bedingten Entlassung und der Aufhebung einer Massnahme (Art. 60 StGB)	1	1
Aufhebung einer Massnahme (Art. 60 StGB)	3	4
Gewährung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme (Art. 61 StGB)	0	0
Ablehnung der bedingten Entlassung und der Aufhebung einer Massnahme (Art. 61 StGB)	1	1
Aufhebung einer Massnahme (Art. 61 StGB)	1	0
Aufhebung einer Massnahme (Art. 63 StGB)	11	15
Ablehnung der Aufhebung einer Massnahme und Weiterführung (Art. 63 StGB)	22	18
Gewährung der bedingten Entlassung aus der Verwahrung (Art. 64 StGB)	0	0
Ablehnung der bedingten Entlassung aus der Verwahrung (Art. 64 StGB)	2	2
Antrag auf Verlängerung einer Massnahme (alle Massnahmen)	6	6
Total	**65**	**68**

Andere Entscheide	2019	2020
Anordnung einer Behandlung und/oder Platzierung (therapeutische Massnahmen)	38	26
Arbeitsexternat	16	12
Arbeits- und Wohnexternat	6	3
Übertritt in den offenen Vollzug	37	37
Urlaubs- und Ausgangsbewilligungen (ohne Delegationen)	313	173
Unterbrechung des Vollzugs (Art. 92 StGB)	1	1
Antrag auf Änderung Sanktion	3	0
Unentgeltliche Rechtspflege	3	1
Informationsrecht (gemäss Art. 92a StGB)	1	3
Andere Entscheide	**418**	**256**

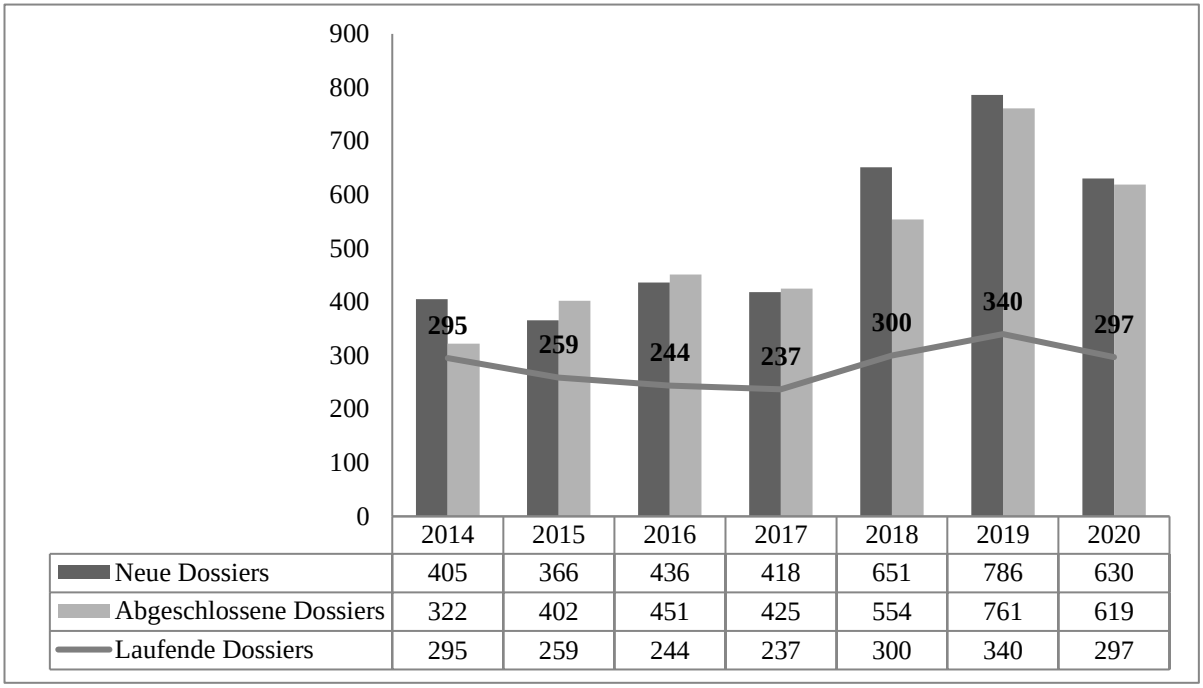
7.1.5 Freiheitsstrafen im offenen Vollzug

7.1.5.1 Gemeinnützige Arbeit (GA)

Die in Form von gemeinnütziger Arbeit vollzogene Strafe wird zugunsten von Begünstigten, Pflegeheimen, kommunalen und kantonalen Verwaltungen, Forstbetrieben, gemeinnützigen Organisationen, Spitalnetzen usw. geleistet. Vier Stunden gemeinnützige Arbeit entsprechen einem Tag Freiheitsentzug. In dieser Form ist eine Strafe (Geldstrafen und Bussen inbegriffen) oder ein Strafsaldo von maximal 6 Monaten (720 GA-Stunden) vollziehbar.

Seit der Wiedereinführung der GA als erleichterte Vollzugsform im Jahr 2018 treffen drei Arten von GA aufeinander, nämlich die nach altem Recht ausgesprochenen GA-Strafen, der erleichterte Vollzug von Freiheitsstrafen sowie «die Zahlung» von Geldstrafen und Bussen durch GA.

	Anzahl erhaltene Fälle nach Strafart		Vollzogene Stunden		Entsprechend	
	2019	**2020**	**2019**	**2020**	**2019**	**2020**
GA aStGB	50	9	17 936	10 851		
Freiheitsstrafen	122	124	11 577	9 160	2317 Tage	2290 Tage
Geldstrafen/Bussen	740	617	14 044	17 553	338 414 Franken	463 768 Franken
Total	**912**	**750**	**43 557**	**37 564**		



	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Neue Dossiers	405	366	436	418	651	786	630
Abgeschlossene Dossiers	322	402	451	425	554	761	619
Laufende Dossiers	295	259	244	237	300	340	297

Anmerkung: Ein Dossier kann mehrere Strafen beinhalten.

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Abgeschlossene Dossiers	322	402	451	425	554	761	619
Vollzogene Stunden	28 061	40 716	45 160	46 990	44 794	43 557	37 564

2020 wurden 619 Dossiers im Rahmen eines Vollzuges in Form von GA vom Sektor FOV behandelt und abgeschlossen.

Von diesen wurden:

> 446 erfolgreich vollzogen;
> 173 (davon 39 nach einem Verzicht der verurteilten Person) zur Vollstreckung der Freiheitsstrafe im Normalvollzug, zur Rückforderung der Geldstrafe oder Busse oder zum Vollzug / zur Umwandlung in eine/r andere/n Form an die zuständige Behörde (Justiz- oder Vollzugsbehörde) zurückgewiesen.

Bei unbedingten Freiheitsstrafen von mehr als 3 Monaten, die in Form von GA vollzogen werden, besteht wie bei Strafen, die in Halbegefangenschaft oder im Normalvollzug vollzogen werden, die Möglichkeit einer bedingten Entlassung. 2020 wurden 9 Entscheide über bedingte Entlassungen getroffen, die alle positiv ausfielen.

7.1.5.2 Elektronische Überwachung (EM)

Seit dem 1. Januar 2018 stellt die EM eine erleichterte Vollzugsform dar. Sie wird angewendet für Freiheitstrafen zwischen 20 Tagen und 12 Monaten (Frontdoor), anstelle eines Arbeitsexternats / Arbeits- und Wohnexternats über einen Zeitraum von 3 bis 12 Monaten (Backdoor) oder als Überwachungsmittel bei Ersatzmassnahmen (Art. 237

StPO). Am 31. Dezember 2020 verfügte das Amt über 5 Fussfesseln (6 Fussfesseln bis Ende Mai 2020) mit einer Auslastung von 68 %.

Verurteilten kann eine Beteiligung an den Vollzugskosten auferlegt werden (im Allgemeinen wird ein Betrag von 15 Franken pro Tag erhoben). Im Jahr 2020 konnte das Amt einen Betrag von 20 385 Franken einkassieren (2019: 25 425 Franken).

EM	Beschuldigte / Verurteilte		Vollzogene Stunden	
	2019	2020	2019	2020
Frontdoor	21	14	1370	1359
Backdoor	0	0	325	0
Ersatzmassnahmen (Art. 237 StPO)	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0

Die Erfolgsquote des EM betrug im Frontdoor 100 %. Dem Amt wurden 2020 von Drittkantonen 6 Dossiers für den Vollzug von Freiheitsstrafen in Form von EM übertragen (2019: 7).

2020 hat das JVBHA 7 Entscheide über bedingte Entlassungen gefällt (2019: 5), von denen 100 % positiv ausfielen (2019: 100 %).

7.1.5.3 Ersatzmassnahmen (Art. 237 StPO)

Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft kann das Zwangsmassnahmengericht anstelle der Untersuchungshaft Ersatzmassnahmen anordnen. 2020 hat der dafür zuständige Sektor 16 neue Dossiers übernommen (2019: 16). Am 31. Dezember 2020 waren 18 Personen von solchen Massnahmen betroffen (2019: 16).

Es sei darauf hingewiesen, dass 2020 keine EM im Rahmen von Ersatzmassnahmen angeordnet wurde.

7.1.6 Ersatzfreiheitsstrafen (EFS)

Eine unbezahlte Busse/Geldstrafe, die auf dem Betreibungsweg uneinbringlich ist, wird durch die zuständige Behörde in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt. Das JVBHA ist für den Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe zuständig. Das JVBHA kann den Betrag jederzeit einkassieren. Zahlungsvereinbarungen können ebenfalls bewilligt werden.

Anzahl Ersatzfreiheitsstrafen, die 2020 von den Justizbehörden zum Vollzug übertragen wurden, sowie vom JVBHA für die verschiedenen Behörden einkassierte Beträge:

Behörde	Erhaltene Ersatzfreiheitsstrafen		Einkassierte Beträge	
	2019	2020	2019	2020
Staatsanwaltschaft	3241	2849	1 420 905.40	1 081 662.50
Oberämter	2169	1692	388 692.60	288 698.50
Andere Kantone	119	85	15 274.00	3 320.00
Gerichte	78	49	44 470.00	26 393.00
Stadt Freiburg	849	173	57 612.65	48 011.05
Gemeinde Plaffeien	6	0	983.10	441.50
Gemeinde Montagny	0	0	0.00	0
Gemeinde Grolley	0	0	0.00	0
Total	**6462**	**4848**	**1 927 937.75**	**1 448 526.55**

2020 hat das JVBHA insgesamt 4848 Strafbefehle für Ersatzfreiheitsstrafen wegen unbezahlter Bussen und Geldstrafen erhalten und einen Gesamtbetrag von Fr. 1 448 526.55 einkassiert.

Weitere Kennzahlen im Bereich Ersatzfreiheitsstrafen:

Bezeichnung	2019	2020
Anzahl Mandate an die Kantonspolizei Freiburg	3708	2187
Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen	1696	1187

Bezeichnung	2019	2020
Anzahl Delegationen an andere Kantone	2259	1608
Anzahl bewilligte Abzahlungsvereinbarungen	1005	581
Anzahl Vorladungen	84	45
Anzahl noch nicht behandelte Dossiers	47	969

7.1.7 Begnadigungsgesuche

2020 hat der Grosse Rat 2 Begnadigungsgesuche behandelt (2019: 2).

7.1.8 Strafregister

Das JVBHA als kantonale Koordinierungsbehörde für das Strafregister hat auch die Aufgabe, die laufenden Verfahren, die Urteile, die von den Justizbehörden nachträglich gefällten Entscheide sowie die strafrechtlichen Ermittlungen zu registrieren und Auszüge für die kantonalen Behörden zu erstellen.

Anzahl registrierte Urteile	2019	2020
Von anderen kantonalen Behörden	4371	3944
Vom JVBHA	403	377
Total	**4774**	**4321**

Anzahl ausgestellte Auszüge	2019	2020
Von anderen kantonalen Behörden	14 347	13 583
Vom JVBHA	2 650	1 573
Total	**16 997**	**15 156**

7.1.9 Bewährungshilfe

In Anwendung der Artikel 93 und 94 StGB sollen mit der Bewährungshilfe betreute Personen vor Rückfälligkeit bewahrt und sozial integriert werden. Das JVBHA leistet und vermittelt die hierfür erforderliche Sozial- und Fachhilfe, wenn nötig in Zusammenarbeit mit anderen Fachpersonen. Die Weisungen, welche das Gericht, das JVBHA oder eine andere Strafvollzugsbehörde Verurteilten für die Probezeit erteilen können, betreffen insbesondere die Berufsausübung, den Aufenthalt, das Führen eines Motorfahrzeuges, den Schadenersatz sowie die ärztliche und psychologische Betreuung. Die Bewährungshilfe sowie die Kontrolle der Weisungen obliegen dem Wohnkanton der Verurteilten.

Bewährungshilfe und/oder Kontrolle von Weisungen im Rahmen von:	Erhaltene Mandate		Laufende Mandate	
	2019	2020	Am 31.12.2019	Am 31.12.2020
bedingten oder teilbedingten Strafen	30	29	114	107
ambulanten therapeutischen Massnahmen (Art. 63 StGB)	2	15	18	23
bedingter Entlassung aus einer Freiheitsstrafe	26	34	17	32
bedingter Entlassung aus einer stationären Massnahme	1	0	2	2
Verbotsmassnahmen (Art. 67 und 67b StGB)	5	1	5	5
Arbeitsexternat / Arbeits- und Wohnexternat	12	10	5	3
anderen Bewährungshilfen (Art. 93 StGB)	0	2	0	2
Mandaten, die von einem anderen Kanton übertragen wurden	10	11	13	13
Mandaten, die an einen anderen Kanton übertragen wurden	16	15	29	29
Total	**102**	**117**	**203**	**216**

8 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Direktor: Marc Rossier

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 91,0 Vollzeitäquivalente und erwirtschaftet einen Betriebsertrag von 20,4 Millionen Franken.

Das ASS ist für die Verkehrszulassung von Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, Fahrzeugen und Schiffen verantwortlich, damit diese sämtlichen Sicherheitsgarantien des Strassen- und Schifffahrtsverkehrs entsprechen. Der Kanton Freiburg zählt mehr als 242’000 Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer und rund 280’000 Fahrzeuge. Das ASS erhebt im Auftrag des Kantons die Fahrzeug- und Schiffsteuer (mehr als 113 Millionen Franken) und ahndet ebenfalls Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die diesbezüglichen Massnahmen werden von der Kommission für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (KAM) ausgesprochen.

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines gesonderten Berichtes, welcher beim ASS, Tafersstrasse 10, 1700 Freiburg, bezogen oder unter www.ocn.ch heruntergeladen werden kann.

9 Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)

Präsident des Verwaltungsrats: Maurice Ropraz, Staatsrat
Direktor: Jean-Claude Cornu

9.1 Aufträge

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als öffentlich-rechtliche Anstalt den Auftrag, sämtliche Gebäude des Kantons zu versichern, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität mehr als 123 000 Gebäude zu einem Versicherungswert von 95,6 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von 18 Millionen Franken; das heisst 30% der einkassierten Prämien. Im Jahr 2020 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 14,3 Millionen Franken entschädigen.

9.2 Tätigkeiten

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV werden im Jahresbericht festgehalten. Dieser Bericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter www.ecab.ch heruntergeladen werden.

10 Freiburger Strafanstalt (FRSA)

Präsident der Verwaltungsratskommission: Maurice Ropraz, Staatsrat

Direktoren: Franz Walter / ab 1. September 2021: Guido Sturny

Die Freiburger Strafanstalt (FRSA) sorgt für den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen, die in Anwendung des Strafgesetzbuchs ausgesprochen werden, und für die Untersuchungshaft. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nimmt die FRSA Insassen auf für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergt im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorgerischen Freiheitsentzug.

Die Tätigkeiten der FRSA sind Gegenstand eines gesonderten Berichts, der bei der Freiburger Strafanstalt, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

11 Personalbestand

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2020 VZÄ	Rechnung 2019 VZÄ	Differenz VZÄ
Behörden – Direktionen / Finanzstellen	**990.61**	**980.00**	**10.61**
Zentralverwaltung	809.42	800.75	8.67
3300 / JPMS Generalsekretariat	8.70	8.71	-0.01
3305 / JUST Amt für Justiz	7.54	7.11	0.43
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3.58	3.63	-0.05
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	52.65	51.74	0.91
3345 / POLI Kantonspolizei	686.83	679.40	7.43
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	22.42	22.62	-0.20
3375 / MILI Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	13.81	14.31	-0.50
3385 / PROT Zivilschutz	13.89	13.23	0.66
Besondere Sektoren, sonstige Anstalten	181.19	179.25	1.94
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	181.19	179.25	1.94
Gerichtsbehörden	**334.35**	**330.25**	**4.10**
Zentralverwaltung	334.35	330.25	4.10
2100 / TCAN Kantonsgericht	49.69	48.14	1.55
2105 / TARR Bezirksgerichte	82.43	81.98	0.45
2111 / MINP Staatsanwaltschaft	56.81	54.65	2.16
2112 / TMCO Zwangsmassnahmengericht	3.80	3.24	0.56
2115 / CPMI Jugendgericht	14.45	12.09	2.36

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2020 VZÄ	Rechnung 2019 VZÄ	Differenz VZÄ
2120 / JUPA Friedensgerichte	55.27	56.42	-1.15
2125 / OPOU Betreibungsämter	58.57	59.76	-1.19
2130 / OFAI Kantonales Konkursamt	10.82	11.55	-0.73
2170 / COCO Schlichtungskommissionen im Mietwesen	1.01	0.91	0.10
2900 / CMAG Justizrat	1.50	1.51	-0.01